Digitale Citoyens:

Politische Partizipation in Zeiten von Social Media

Fallanalysen zur politischen Beteiligung in Deutschland, Ägypten und China

BAPP

Bonner Akademie
Für Forschung und Lehre
Praktischer Politik

Impressum

Die vorliegende Studie „Digitale Citoyens. Politische Partizipation in Zeiten von Social Media. Fallanalysen zur politischen Beteiligung in Deutschland, Ägypten und China“ ist ein Ergebnis der Forschungsgruppe um Frau Prof. Caja Thimm, Medienwissenschaftlerin an der Universität Bonn. Das Projekt wurde von der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH finanziell unterstützt.

Redaktion & Mitarbeit
Tobias Bürger (Fallstudien Ägypten und China)
Kristian Wiegand (Fallstudie Stuttgart 21)
Han Fei (Übersetzungen Chinesisch-Deutsch)
Regina Ring (Lektorat)

Grafische Konzeption & Gestaltung
Tobias Bürger
Franziska Harms (Collage Titelbild)

Bildnachweise:
Titel: „Die Freiheit führt das Volk“, Bildrechte: bpk Foto: Grand Palais, Hervé Lewandowski.
S. 10, „Tahrir Square - Protesters Charging Mobile Phones“, Alisdare Hickson/flickr.com
S. 30, „Tahrir 5 June 2012“, Gigi Ibrahim/flickr.com
S. 40, „Tahrir post Mubarak‘s verdict“, Gigi Ibrahim/flickr.com
S. 44, „China“, Dainis Matisons/flickr.com
S. 46, „The Golden Week has begun, Ladies and Gentlemen“, @yakobusan, Jakob Montrasio/flickr.com

Alle Bildmotive von flickr.com stehen unter der Lizenz Creative Commons „by“ oder „by-sa“. Wir haben uns bemüht sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuchen wir um Mitteilung.

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright 2012 by Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH und Institut für Angewandte Netzforschung UG (IfAN)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urhebergesetzes ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH und des Instituts für Angewandte Netzforschung UG (IfAN) unzulässig und strafbar.

Das gilt insbesondere für die Übersetzung, Vervielfältigung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Digitale Citoyens:

Politische Partizipation in Zeiten von Social Media

von Caja Thimm & Tobias Bürger
unter Mitarbeit von Kristian Wiegand

Fallanalysen zur politischen Beteiligung
in Deutschland, Ägypten und China

Inhalt

Vorworte

Bodo Hombach
Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH
„Gibt es ihn wirklich? Den ‚digitalen Citoyen'?" **6**

Martin Stadelmaier
Leiter der Staatskanzlei Rheinlandpfalz/Projektpartner aus der Politik
„Gut für die Demokratie" **7**

Caja Thimm
Projektleitung
„Die Globalisierung des Digitalen" **9**

Digitale Gesellschaft – auf dem Weg zum „digitalen Citoyen"?

Mediatisierung des Alltags – neue Medienkulturen 11
Digitale Partizipationskulturen durch das Social Web 12
Neue Partizipationskulturen – Formen mediatisierter Politik 13
Bürgerbeteiligung in Zeiten von Social Media 14
Microbloggingdienste und soziale Netzwerke: Twitter, Facebook & Sina Weibo 14

Stuttgart 21 – „Wutbürger" offline und online

Stuttgart 21 – Chronologie und Medienberichterstattung 19
Mit Social Media in den Schlosspark 21
Organisation und Kommunikation auf Facebook 22
#S21 – Protest und Kommunikation auf Twitter 23
Aktivismus auf Facebook: Nutzerperspektiven 26
S21 – Ein lokales Großprojekt und die Folgen 27

Der „Arabische Frühling" – Beobachtungen zur ägyptischen digitalen Bürgerschaft

„Das dritte Erwachen" 31
Netzmedien in Ägypten – zwischen Option und Repression 33
Der „Arabische Frühling" als Prozess 34
Die „Kifaya"-Bewegung: Ausgangspunkt des elektronischen Aktivismus 34
Facebook, Blogs & Al Jazeera 35
Khaled Said – Symbolfigur des Widerstands 36
„Local goes Global" – der Tahrir-Platz wird zur Weltbühne des Widerstandes 36
Was ägyptische Medien während der Revolution berichten 39
Die arabische Revolution – eine „Facebook-Revolution"? 40

Netzbürger in China – neue Optionen für politische Partizipation?

Von Weblogs und Diskussionsforen zu Mikroblogs 45
Mikroblogging in China 46
Lokaler Watchdog und politisches Korrektiv 47
Zensur und Netz – neue Dynamiken 50
Das Internet in China und politischer Wandel 51

Fazit **54**

Ein Vorwort von Bodo Hombach

Gibt es ihn wirklich?

Den „digitalen citoyen"? Wo wurde er gesichtet? Was weiß man über seine Eigenschaften, seine Vorlieben und Abneigungen, seine Nahrungskette und sein Vermehrungsverhalten? Ist er eine neuartige Spezies, eine Mutation des Medienzeitalters oder nur ein „aufgeputzter Narr, der zu scheinen versucht, was er ist und immer war." (Erich Kästner)

Wir beobachten Erstaunliches. Von „Stuttgart 21" bis zum „Arabischen Frühling", von der plötzlich möglichen Energiewende bis zur anschwellenden Vernetzung Unzähliger bei Facebook und Co. – Offenbar gibt es neue Chancen für direkte Demokratie, Partizipation und Mitsteuerung. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft verlieren ihre angestammte Deutungshoheit. Plötzlich müssen sie sich um Akzeptanz bemühen, wo eben noch der Verwaltungsweg genügte. Die Kompetenz der Betroffenen artikuliert sich vor dem früher üblichen Hintergrundrauschen.

Wie verhält er sich, der digitale Bürger? Lässt er sich domestizieren und zu nützlicher Arbeit abrichten oder kennzeichnet ihn ein wildes Schwarmverhalten, das sich jeder Berechnung entzieht?

Der „Citoyen" spielt in der Zivilisationsgeschichte eine wichtige Rolle. Er löste sich aus der starren Verbindung von Sippe, Stamm und Volk. Sein Treibhaus war die Stadt mit ihrer wuchernden Verdichtung von Kontakten, Ideen und Macht. Er entdeckte, dass Meinungen von Dingen wirksamer sind als die Dinge selbst.

Er war ein Derivat wirtschaftlichen Aufstiegs und der Aufklärung. Rousseau hat ihn sich ausgedacht, aber schon Montaigne hat ihn dargestellt als den kühlen Beobachter der öffentlichen Verhältnisse, mit einer Vision von Geschichte und vom individuellen Wert jedes Menschen in einer künftigen, humanen und universellen Zivilisation. Belesen war er auch, gebildet, mit Freude am Florettgefecht der Worte und Argumente.

Es gab ihn in verschiedenen Ausführungen. Der Möchte-gern-Citoyen gefiel sich als Zyniker. Er wusste das Skalpell zu führen, nicht aber das Wundpflaster. Er ging den Dingen an die Haut, ließ sie aber nicht an die eigene heran. Es reichte ihm, wenn die bestehende Ordnung zerfiel. Er hatte weder die Geduld, noch die Bereitschaft, sie neu und schöner aufzubauen.

Der echte Citoyen übernahm Verantwortung. „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" war ihm nicht nur Parole oder politische Poesie, sondern umsetzbarer Bauplan, wohl wissend, dass er das Richtfest nie erleben würde.

Und nun haben wir den digitalen Citoyen. Ein neues Medium hat ihn sich erschaffen und bietet ihm unerhörte Möglichkeiten. Gigantische Informationsquellen stehen ihm auf Klick zur Verfügung. In Minutenschnelle organisiert er sich zu Bewegungen, wie sie früher nur durch jahrzehntelangen Leidensdruck entstehen konnten.

Ist er ein neues Kollektiv? Planscht er naiv und fröhlich im Nichtschwimmerbecken einer rechtsfreien Anarchie? Oder ist er Bürger der ersten wirklichen Individualgesellschaft? – Wer ist dieses unbekannte Wesen in uns oder nebenan?

Hoch-Zeit und höchste Zeit für einen umfassenden öffentlichen Diskurs und für Forschungsprojekte, die ihn begleiten, mit dem Besten, was sie zu bieten haben: gesicherte Kenntnis und überprüfbare Kriterien. Darum geht es in diesem Projekt. - Die Spannung steigt.

Bodo Hombach

Ein Vorwort von Martin Stadelmaier

Gut für die Demokratie

Unsere Demokratie lebt vom Engagement und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – eine sog. Binsenwahrheit und gleichwohl muss sie sich von Tag zu Tag neu bewähren. Rheinland-Pfalz gehört mit Baden-Württemberg und Niedersachsen zu den Ländern in Deutschland, in denen der Einsatz für das Gemeinwohl und der Wille zur aktiven Beteiligung am ausgeprägtesten sind.

Die Diskussion um größere Beteiligung und ihre angemessene Form ist keineswegs so neu, wie sie gegenwärtig gelegentlich erscheint. Die Entscheidung, im Zuge einer Kommunalreform in Rheinland-Pfalz in den 1970er Jahren, etwa 2.500 selbstständige Ortsgemeinden zu behalten, war auch ein Ausdruck des Wunsches nach unmittelbarer ortsnaher Gestaltung der Lebensverhältnisse. Diese Organisationsentscheidung befördert im Übrigen bis heute das ehrenamtliche Engagement ungemein. Die Direktwahl der Landräte und Ortsbürgermeister war Anfang der neunziger Jahre ebenso eine Antwort auf den Wunsch nach mehr Beteiligung in der repräsentativen Demokratie wie die Einführung des Panaschierens und Kumulierens bei Wahlen. Auch in der Debatte um open government sind Mitte der Neunziger spannende Antworten auf die damaligen Forderungen nach mehr Transparenz und Beteiligung gefunden worden. Ich erinnere beispielsweise an die Gesetzesfolgenabschätzung, wie sie vom Speyerer Professor Carl Böhret entwickelt wurde und die explizit auch die Beteiligung der gesellschaftlichen Akteure und Betroffenen vorsah. Gleichwohl ist im vergangenen Jahrzehnt eine Kluft entstanden zwischen repräsentativer Demokratie und sehr formalisierten Beteiligungsverfahren von Verbänden, Interessensgruppen und Trägern öffentlicher Belange und dem Anspruch von Bürgerinnen und Bürger, an Entscheidungen mitzuwirken.

Durch die technische Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologien, durch das Internet, durch web 2.0, sind bisher ungeahnte Möglichkeiten der raschen Organisation, der umfassenden Information, der fast grenzenlosen Kommunikation entstanden, die meines Erachtens zurecht mit der umwälzenden Erfindung des Buchdrucks durch den Mainzer Johannes Gutenberg verglichen werden. Und wie damals können die Auswirkungen auf unser (demokratisches) Zusammenleben allenfalls nur erahnt werden. Im Guten wie im Schlechten. Bleiben wir beim demokratischen Zusammenleben in der digitalen Gesellschaft. Davon handelt ja auch dieses Buch. Durch das Netz können drängende Fragen der Beteiligung neu und besser beantwortet werden. Das Bereitstellen von Informationen, die Debatte in chats und blogs, die Verabredung zu gemeinsamen Aktionen, sie alle werden nicht nur erleichtert, sie gewinnen eine neue Qualität.

Auch der Staat, die Politik haben sich aufgemacht, stellen aktiv Informationen zur Verfügung und ermöglichen dadurch mehr tatsächliche Teilhabe. Beispielsweise bei Großprojekten, wo bereits in der Frühphase eine Beteiligung, ggf. auch Abstimmungen ermöglicht werden sollen. Dafür gibt es gerade auch in Kommunen gute Beispiele. Dazu gehört auch, dass für die Realisierung von Beteiligung Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies bezieht sich auf finanzielle ebenso wie auf fachliche Aspekte. Eine nicht unwesentliche Herausforderung stellt dabei die Sicherstellung von Beteiligungsgerechtigkeit dar. Bürgerbeteiligung darf sich nicht nur an eine besondere (digitale, finanzstarke) „Elite“ richten, sondern muss grundsätzlich allen Gruppen zugänglich sein. Analog wie digital müssen geeignete Instrumente und Verfahren gefunden werden, um eine soziale Selektion zu vermeiden.

Bei allen Chancen, die das Netz für Beteiligung und Information bietet, zwei Grenzen sind deutlich sichtbar. Da wo sich Standpunkte zu Stimmungen verflüssigen, verkehrt sich Beteiligung in ihr Gegenteil. Demokratie braucht Zeit, Abwägung und Verlässlichkeit, damit der Alltag nicht in die Beliebigkeit versinkt. Das gilt auch für elektronische Wahlen oder verbindliche Abstimmungen. Es ist bis heute nicht gelungen, ein zuverlässiges, manipulationsfreies elektronisches Wahlsystem für Massenabstimmungen zu entwickeln.

Die Zukunft von Beteiligung wird noch auf sehr lange Zeit in beiden Welten stattfinden: in der Analogen wie der Digitalen. Sie intelligent zu verknüpfen, einen Mentalitätswechsel für klare Beteiligung zu erreichen – das sind zwei zentrale Herausforderungen der Partizipationsdebatte. Dabei sollten wir im Auge behalten, dass der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger zuvorderst ist, dass sie gut regiert werden und die öffentliche Verwaltung professionell und bürgernah arbeitet. Gleichgültig, ob sie analoge oder digitale Citoyens sind. In der repräsentativen Demokratie geht es nämlich auch um Delegation von Aufgaben, von Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag, die wählen und anlassbezogen mitgestalten wollen. Letzteres muss deutlich erleichtert werden. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass alle ununterbrochen mitwirken wollen und können. Das ändert nichts daran: die Qualität der Repräsentation und die Verantwortlichkeit der Regierenden wird durch mehr Beteiligung verbessert. Das ist gut für unsere Demokratie.

Martin Stadelmaier

Eine Einleitung von Caja Thimm

Die Globalisierung des Digitalen

Die These, dass das Internet die Strukturen von Partizipation, Öffentlichkeit und Politik verändert, ist eine der zentralen Paradigmen der Debatte um die Mediatisierung der Politik. Immer wieder kommt die Diskussion dabei auf das neu erwachte Selbstbewusstsein des Bürgers/der Bürgerin, die sich übers Netz intensiver austauschen, schneller organisieren und schlagfertiger protestieren können. Diese Sichtweise eröffnet die Perspektive auf eine neue Rolle des engagierten Bürgers – als „digitaler Citoyen". Die Citoyens und citoyennes, ursprünglich die Bewohner der Cité, sind jene Bürger des Staates, die diesem Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität abverlangen, wenn es sein muss, auch mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams. Sie sind die in der Tradition der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnehmenden und dieses mitgestaltenden Bürger. Der deutsche Bürger dagegen wurde bis in die Zeit der Bundesrepublik hinein von Vorstellungen bestimmt, die sich grundsätzlich von denen des französischen Citoyen unterschieden. Die Annäherung an den französischen Citoyen lässt sich u.a. in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts paradigmatisch beobachten, in der dem deutschen Bürger immer mehr das Recht auf politische Teilhabe zugestanden wird (Frank 2004, 15). Wenn diese Teilhabe nunmehr mittels der Netzmedien auch in aller Öffentlichkeit manifestiert wird, so könnte dies ein weiterer Schritt hin zu jenem digitalen Citoyen sein, der das Netz als Plattform und Ressource für seine politischen Aktivitäten nutzt.

Trotz der vielfältigen Debatten um diese neuen Formen politischer Partizipation gibt es noch wenig situativ systematisches Belegmaterial. Um dieses Forschungsdefizit aufzugreifen, wurden für das vorliegende Projekt drei Fallstudien ausgearbeitet, die zentral der Idee nachgehen, dass digitale Citoyens als ein globales Phänomen angesehen werden müssen.

Ausgewählt wurden daher drei Länder und dort medial ausagierte Konflikte:

- Deutschland: Der Protest gegen den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof („S21") wurden auch auf Twitter und Facebook ausgetragen.
- Ägypten: Im sogenannten „Arabischen Frühling" übernahm das soziale Netzwerk Facebook eine wichtige mediale Funktion.
- China: Auch in China spielt die Netzkommunikation eine zunehmende Rolle – so ist Sina Weibo, das chinesische Pendant zu Twitter, inzwischen ein millionenfach genutztes Instrument zur politischen Kritik.

Die Zusammenschau dieser Aktivitäten soll verdeutlichen, wie sich zivilgesellschaftliche Akteure durch Netzaktivitäten in politische Prozesse einmischen und diese beeinflussen.

Frank, Götz (2004): Die zögerliche Annäherung des Bürgers an den Citoyen. In: Einblicke 39, S. 14-17.

Digitale Gesellschaft – auf dem Weg zum „digitalen Citoyen“?

Der Mensch kommuniziert schon lange routiniert mit anderen Menschen, von denen er durch lokale oder zeitliche Bezüge getrennt ist. Ob Telefon, Fax oder Email: Technologie hat die Kommunikation von Menschen untereinander verändert. Heute jedoch erleben wir eine Phase der Technologisierung interpersonaler Kommunikation, die frühere Entwicklungen bei Weitem in den Schatten stellt: die globale Vernetzung durch das Internet. Es sind aktuell besonders die im Web 2.0 herausgebildeten „social networks“ wie Faceboook, Twitter, XING, Instagram, Pinterest oder YouTube, aber auch große Wissensbörsen wie Wikipedia und Blogs, die die neuen Kommunikationsformen des privaten und beruflichen Alltages prägen (einen Überblick ermöglicht Anastasiadis/Thimm 2011). Diese Web 2.0-Applikationen sind dadurch gekennzeichnet, dass dort Nutzung und Produktion von Nachrichten zusammen fallen. Jeder kann heute Nachrichtenproduzent werden, da jeder und jede heute selbst Nachrichten erstellen und sie in Sekundenschnelle an Tausende von Menschen auf dem ganzen Globus verschicken kann. Die Beteiligungsbarrieren für die „Netizens“, die „Netzbürger“, sinken auf allen Ebenen. So werden politische Ereignisse nahezu in Echtzeit in der Weltöffentlichkeit bekannt, die Leaking Kultur macht auch vor Ministerinnen und Ministern (Plagiatsaffairen) oder dem Vatikan („Vatigate“) nicht halt – Transparenz ist ein so hoch bewertetes Gut in der Politik geworden, dass mit diesem Fahnenwort einer neuen Partei sogar der Einzug in die Parlamente gelungen ist.

All das sind aus einer übergeordneten Sicht zunächst isoliert erscheinende Phänomene, aber sie verweisen auf einen kategorialen Wandelprozess: Menschen machen selbst die Medien, mit deren Hilfe sich politische Öffentlichkeit herausbildet. Und spätestens seit dem Konflikt um den neuen Hauptbahnhof in Stuttgart (Stuttgart 21) wissen wir, dass Bürgerproteste ein ernst zu nehmender Faktor lokaler Politik sind. Ein erstarktes Selbstbewusstsein der Bürgerschaft, die sich zunehmend vernetzt, Unterstützung organisiert und die Weltöffentlichkeit informiert – die „digitalen Citoyens“ formieren sich.

Mediatisierung des Alltags – neue Medienkulturen

Jeder kennt die Kinder und Jugendlichen, die mit kleinen Knöpfen im Ohr oder überdimensionierten, bunt schillernden „Scullcandies“ zur Schule gehen. Sie sind eines der sichtbarsten Phänomene unseres „mediatisierten“ Alltages. Ob Musik, Bilder oder Text – wir haben ständig Medien um uns herum. Auch das Internet ist schon lange nicht mehr stationär, sondern immer mehr auch mobil. Betrachtet man sich unsere Mediennutzung, so kann man mit Friedrich Krotz von einem *Metaprozess sozialen Wandels* (Krotz 2007) sprechen, also einem unumkehrbaren Prozess der Durchdringung der Welt mit Medien. Viele Mediatisierungsformen werden im Alltag für uns alle sichtbar – die laut telefonierenden Zugnachbarn, die selbstvergessen SMS-tippenden Jugendlichen

in der Straßenbahn und die auf dem „electronic reader“ lesenden Schlangensteher an der Supermarktkasse. All diese Tätigkeiten spielen sich im öffentlichen Raum ab und geben Zeit- und Ortsbezügen eine neue Bedeutung. Beim ubiquitären Netz spielt es schon heute kaum mehr eine Rolle, wo sich jemand befindet – die Tweets von Parteitagen oder Konferenzen halten alle nicht am Ort befindlichen Interessierten fast in Echtzeit auf dem Laufenden über das Geschehen. Auch Dienstleistungen sind im Umbruch: mobile medizinische Versorgung, wirtschaftliche Infrastruktur und Logistik oder verändertes Konsumentenverhalten durch den Einsatz mobiler Medien verändern das raumbezogene Miteinander und beeinflussen architektonische und stadtplanerische Grundsätze.

Digitale Partizipationskulturen durch das Social Web

Die dezentralen Beteiligungsmöglichkeiten im Social Web und die schnellen Verbreitungsmechanismen politischer Inhalte sind für den vernetzten Menschen heute unverzichtbar. Hierbei belegen Ereignisse wie der „Arabische Frühling“, die Proteste gegen Stuttgart 21 oder die Anti-Acta-Bewegung, dass Menschen diese Partizipationsoptionen für politische Einmischung nutzen und sich dadurch neue Formen der politischen Aktivität und Beteiligung an politischen Konflikten herausbilden. Besonders die internationalen Krisen, in denen sich Twitter und Facebook als Plattformen für die lokale und internationale Gegenöffentlichkeit herausbildeten, nähren optimistische Perspektiven auf demokratische Beteiligungsstrukturen durch die digitalen Netze. So hat Facebook unter anderem auf der berühmten Seite von „We are all Khaled Said“ (siehe genauere Ausführungen ab Seite 31) nicht unerheblich zur Globalisierung der lokalen Proteste in Ägypten beigetragen, die dann ihrerseits die Weltöffentlichkeit alarmierten. Die aktuellen Ereignisse in Syrien, die häufig ja nur noch über YouTube an die Weltöffentlichkeit gelangen, machen die Stärke der schnellen und unproblematischen Veröffentlichung von Geschehnissen durch „eyewitnesses“ ebenfalls deutlich.

Betrachtet man allerdings die Debatte um die Rolle der Netzkommunikation in der politischen Beteiligung, so schwanken die Meinungen zwischen medieneuphorischer Begeisterung und düsterer Schwarzmalerei. Die explizit medienenthusiastischen Positionen gehen von neuen Optionen der Partizipation aus oder sehen ein globales Kaffeehaus im Entstehen. Hier werden soziale Netzwerke als demokratiefördernd und als Plattform für den egalitären Diskurs angesehen. Andere Stimmen betonen dagegen, dass das Internet an sich ein Medium der Ungleichheit sei und eine digitale Spaltung befördere – der reiche Norden der Welt mit Millionen NutzerInnen gegen den armen Süden, der bisher nur partikular Netzzugang hat. Kritisch ist sicher auch zu sehen, dass durch die Filterfunktionen der großen Anbieter wie Google oder Facebook manipulative Wahrnehmungs- und Beziehungsbegrenzungen manifest werden und den Meinungsbildungsprozess einschränken: die Macht der Algorithmen ist ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Meinungsbildung.

Welcher Bewertung der Netzkommunikation man auch immer zuneigen mag – Tatsache ist, dass, angetrieben durch die skizzierten Netzoptionen, eine neue Kommunikationskultur im Entstehen begriffen ist. Vergleichbar vielleicht noch mit der Innovation des Buchdrucks, hat dieses Medium fast alle Bereiche des Lebens erfasst – von der individuellen Sozialkommunikation bis zu wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kommunikationsstrukturen innerhalb der Gesellschaft. Aktuell ist das Internet zudem auf dem Weg, einen weiteren Schritt auf dem Weg zur totalen Ubiquität zu gehen – es wird mobil, plattformunabhängig, globalsprachig und auf vielfältigen Endgeräten, wie beispielsweise Smartphones oder Tablet-PCs, nutzbar.

Die sozialen Netzwerke und ihre dynamische Weiterentwicklung dürften eines der maßgeblichen Elemente der weiteren Mediatisierung von Politik und Gesellschaft sein und uns noch lange mit neuen Herausforderungen konfrontieren. Die hier im Folgenden vorgelegten Fallstudien geben anschaulich einen Eindruck davon, welche Dynamik diese Kommunikationsformen entfalten und welche Wirkung sie für die praktische Politik zeigen können.

Neue Partizipationskulturen – Formen mediatisierter Politik

Mit dem skizzierten medialen Wandel und den damit einhergehenden netzbasierten Beteiligungsformen verändert sich auch die Struktur von Öffentlichkeit. Eine dabei neu entstehende *Netzöffentlichkeit* ist nicht nur als ein intermediäres Geflecht zwischen Gesellschaft, politischem System und Organisationen anzusehen, sondern als ein interdependentes System von Öffentlichkeit, Teil- und Gegenöffentlichkeiten. Die Potenziale digitaler Medienangebote bieten gerade auch für politisch motivierte Gegenkulturen Chancen, politischen, sozialen und kulturellen Wandel in Gang zu setzen (Winter/Kutschera-Groinig 2006: 51, Dahlgren 2009: 190). Vor allem das Social Web ermöglicht eine Modifikation und Ausweitung von Öffentlichkeit (Schmidt 2008: 29). Obwohl die Traditionsmedien wie Zeitungen, Radio und Fernsehen nach wie vor eine zentrale Stellung im Nachrichtenmix einnehmen, haben sie ihre Monopolstellung als Vermittler zwischen den politischen AkteurInnen der Zivilgesellschaft verloren. Das Internet übernimmt zunehmend die Funktion eines digitalen Versammlungsortes (Siedschlag et al. 2002: 89) und liefert zudem zeitnahe, wenn nicht sogar simultane Informationsströme. In einer sich zunehmend im digitalen Raum bewegenden Gesellschaft stellen Social Media einen erheblichen Faktor für eine Ausweitung bestehender politischer und zivilgesellschaftlicher Handlungsformen dar.

Der Begriff der „Partizipation" dürfte eines der am stärksten strapazierten Schlagworte der letzten Jahre sein. Wie nur wenige andere Begriffe in der aktuellen Debatte um die Netzmedien, und deren Rolle und Funktion für politische Prozesse, prägt er die Sichtweise auf das Handeln im Netz. Wie so häufig bei einer Begriffsausweitung geht dabei allerdings die inhaltliche Prägnanz verloren. Dabei darf Partizipation, als eine zentrale Kenngröße für Demokratie gelten, oder wie van Deth resümiert: „Ohne politische Partizipation wäre eine Demokratie unvorstellbar, da sich Demokratie auf das Regieren *durch die Bürger* bezieht" [Hervorheb. vom Autor] (van Deth 2009: 141). Noch enger fasst er es, wenn er sagt: „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation" (ebd.). Politische Partizipation meint aber nicht nur das unmittelbar Politische, sondern vielfältige gesellschaftliche Bereiche. Es ist „das *Prinzip der Partizipation*, in der die Menschen wechselseitigen Einfluss aufeinander nehmen, um im sozialen Zusammenhang mehr zu erreichen, als ihnen als Einzelwesen möglich ist" [Hervorheb. vom Autor] (Gerhardt 2007: 14). Partizipation kann dabei als Prozess einer politischen Handlung zwischen Individuen und Gemeinschaft verstanden werden, aber auch als Verhaltensweisen von Bürgern, „die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen" (Kaase 2003).

Medien spielen für die Vermittlung politischer Inhalte schon immer eine zentrale Rolle. Medienfreiheit darf daher auch als eine der Grundfesten demokratischer Staaten gelten. Bisher ermöglichten die Traditionsmedien jedoch nur sehr eingeschränkte Beteiligungsoptionen – der Leserbrief z. B. entfaltet als Textsorte zwar seinen ganz eigenen Charme, hat jedoch im Hinblick auf Partizipation oder sogar Mobilisierung sicher nur geringfügige Auswirkungen. Prinzipielle Vorteile der neueren digitalen Medien, wie Gleichzeitigkeit, Unmittelbarkeit, Ortsungebundenheit und Anonymität, fördern nun entscheidend neue Möglichkeiten politischer Partizipation. Das Internet bietet demnach „soziotechnische Tools, um Informationen über Normverletzungen zu gewinnen, alternative Deutungsmuster zu verbreiten und auch jenseits nationaler Grenzen Protestnetzwerke aufzubauen und zur Teilnahme an Protestaktionen zu mobilisieren" (Baringhorst 2009: 630).

Die Spannbreite politischer Aktivitäten ist in der digitalen Gesellschaft beträchtlich. Denn es sind nicht nur Online-Proteste denkbar, sondern auch eine Reihe weiterer formalisierter und nicht-formalisierter Partizipationsmöglichkeiten, wie beispielsweise die Nutzung von Online-Petitionen, die Diskussion über politische Themen in Chats oder Foren, die Möglichkeit Mailinglisten abrufen zu können, E-Mails an Politiker zu schreiben, oder sich online über politische Themen zu informieren. Durch neue

Plattformen kann politische Kommunikation direkter, die Organisation von politischen Kampagnen flexibler und gemeinschaftliches Handeln vernetzter werden.

Bürgerbeteiligung in Zeiten von Social Media

Digitale Medien verändern dabei fundamental die Art und Weise, wie wir zwischenmenschliche Beziehungen führen und kommunizieren (Baym 2010). Dabei bestätigt die empirische Forschung die These von der politischen Mobilisierung der Bürgerschaft durch einen Internetzugang (Emmer/Vowe 2004: 191). Das Internet substituiert dabei allerdings nicht zwangsweise herkömmliche Formen politischer Partizipation, sondern ergänzt sie.

Mit der steigenden Akzeptanz von Social Media bei den Nutzern geht auch eine steigende Bedeutung für die politische Nutzung einher (Wolling/Emmer 2011: 198). Ein bedeutsames Merkmal des Social Web ist, „dass es die Rezeption von Informationen, Wissens- und Kulturgütern einerseits und deren Hervorbringung, Bewertung und Verbreitung andererseits in der täglichen Nutzung eng miteinander verwebt" (Schmidt 2008: 26). Dadurch kann der Nutzer Artikel sowohl rezipieren als auch publizieren, im gleichen Zuge aber auch soziale Beziehungen zu Freunden und Interessensgruppen pflegen oder Informationsangebote wahrnehmen. Vor allem soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter ermöglichen eine „erhebliche Ausweitung der Reichweite der entsprechenden gruppenbezogenen Kommunikation und der damit verbundenen Community-Bildung" (Hasebrink/Domeyer 2010: 55).

Social Media legt den Schwerpunkt auf die Auswirkungen des Social Web, nämlich auf kollaborative Organisationsformen mit heterarchischen Strukturen (Faulstich/Hickethier 2000: 10). Allein die Bereitstellung von kommunikativen Partizipationsmöglichkeiten auf politischer Ebene ist jedoch nicht hinreichend, „es muss auch dafür gesorgt werden, dass die Beiträge dort aufgenommen werden und sichtbar in reale politische Entscheidungen einfließen" (Metzges 2007: 229).

Mikrobloggingdienste und soziale Netzwerke

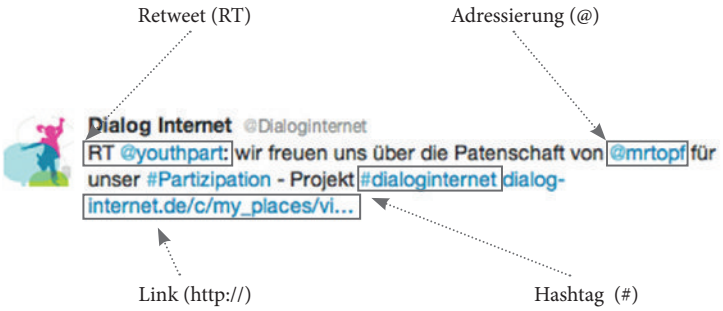
Im Zentrum medialer Berichterstattung stehen dabei seit geraumer Zeit vor allem die zwei Kommunikationsplattformen: *Twitter* und *Facebook*. Twitter wird als ein sogenannter *Mikrobloggingdienst* bezeichnet. Mikrobloggingdienste wie Twitter gelten als eigenständige Kategorie von Social Software (Ebersbach et al. 2011: 85). Mit Twitter lassen sich Kurznachrichten von maximal 140 Zeichen versenden, die dann von einem Netzwerk von *Followern* (Personen, die zum Netzwerk des Nutzers auf Twitter zählen) gelesen werden können. Der Nutzer kann anderen Nutzern, die ebenfalls einen Twitter-Account besitzen, folgen, wodurch seine Rolle dann die eines *Followees* ist. Die Nutzernetzwerke, die sich bei Twitter ausbilden, sind in ihrer grundlegenden Art asynchron, also nicht unbedingt gleichzeitig. Nachrichten (Tweets) können dabei auch an einzelne NutzerInnen geschickt werden. Diese Nachrichten können für alle anderen Nutzer öffentlich einsehbar sein oder aber als private Nachrichten zwischen lediglich zwei Nutzern versendet werden. Eine Besonderheit bei Twitter ist, dass sich Tweets per Hashtag (#) verschlagworten lassen und somit explizit zum Teil eines Diskurssystems werden, das durch twitterspezifische Kommunikationsoperatoren konstituiert wird (Thimm, Dang-Anh & Einspänner 2011). Diese vier Kommunikationsoperatoren (@-Adressierung, Hashtag, Link und Retweet) konstituieren dadurch ein multireferenzielles Verweissystem, mit dem kommunikative Handlungen durchgeführt werden können (siehe Abb. 1 & 2). Twitter wird dadurch zu einer vielseitigen Kommunikationsplattform.

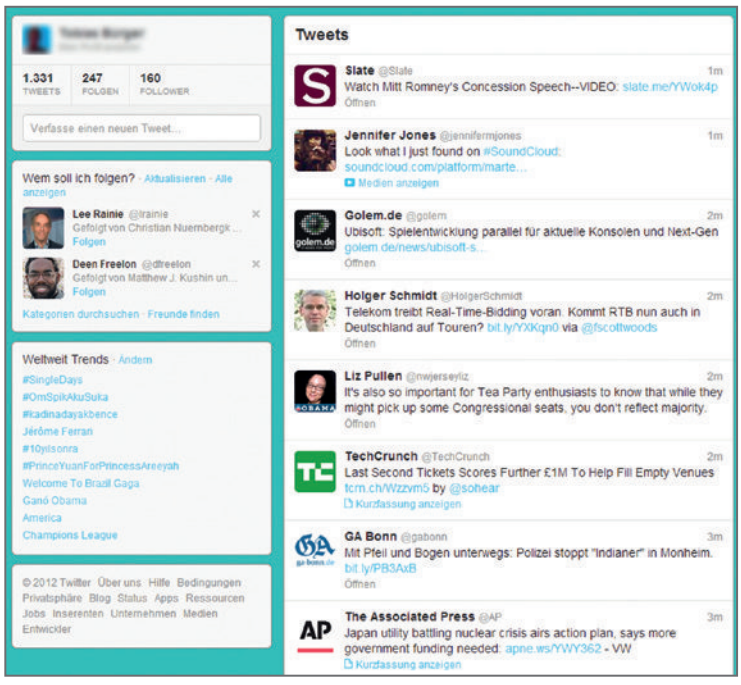
Obwohl Twitter bereits seit 2006 existiert, ist es erst seit Anfang 2010 wirklich bekannt geworden. Im Juli 2010 wurden erstmals weltweit über 90 Millionen Tweets pro Tag verschickt. Über die Anzahl der Personen, die wirklich twittern, sind die Aussagen allerdings widersprüchlich. Laut Twitter.com gab es im September 2010 bereits über 145 Millionen Nutzer (Twitter.com 2010). Den durchschnittlichen

Abbildung 1: Twitter-Operatoren
Abbildung 2: Twitter-Profilseite

Zuwachs an Nutzern pro Monat gibt Twitter mit 460.000 an (Twitter.com 2011). Seine Popularität verdankt die Plattform dabei vor allem Ereignissen, die von einzelnen Nutzern an die Öffentlichkeit gebracht wurden, wie beispielsweise der Tweet des Augenzeugen der Notwasserung des Flugzeugs im Hudson River im Jahr 2009. Auch im deutschen Politikbetrieb führt Twitter zu einer Veränderung der Kommunikationskultur und ist aus dem politischen Tagesgeschehen nicht mehr wegzudenken – so twittert beispielsweise der Regierungssprecher Steffen Seibert und auch der Umweltminister Peter Altmaier. Auf Twitter diskutieren Politiker gemeinsam mit Bürgern oder aber ebenfalls mit Politikern.

Im Gegensatz zu Twitter ist Facebook kein Mikrobloggingdienst, sondern ein *soziales Netzwerk*. Facebook wurde 2004 von Mark Zuckerberg gegründet und hat mittlerweile weltweit rund eine Milliarde Nutzer (Facebook.com 2012). Facebook wird in 77 Sprachen angeboten und ist ebenfalls als Aktienunternehmen an der Börse notiert. Auch wenn Facebook ein amerikanisches Unternehmen ist, ist Nutzerschaft global. Eigenen Angaben zufolge leben 81 % der Facebook-Nutzer nicht in den USA oder Kanada. Im letzten Jahr sind vor allem die Nutzerzahlen in der arabischen Region rapide gestiegen: dort hat sich die Anzahl der Facebooknutzer innerhalb eines Jahres verdoppelt. Etwa die Hälfte der auf Facebook angemeldeten Nutzer besucht das soziale Netzwerk mindestens einmal täglich, monatlich verwenden 600 Millionen Nutzer Facebook über ein mobiles Endgerät. Der Nutzer kann sich bei Facebook ein sogenanntes Profil anlegen, bei dem er persönliche Informationen eingeben kann und sich mit anderen Nutzern, den sogenannten „Freunden", verbinden kann. Nachrichten können zwischen einzelnen Nutzern oder aber an mehrere Nutzer gleichzeitig verschickt werden. Ebenfalls ist es möglich Nachrichten, die sogenannten „Posts", an die eigene digitale Pinnwand zu schicken. Diese Posts können dann von einem vorher festgelegten Personenkreis automatisch gelesen werden. Zuletzt war Facebook immer wieder durch seine teils unangekündigten Änderungen an den globalen Einstellungen seiner Privatsphäre-Einstellungen in die Schlagzeilen geraten.





Facebook hat, trotz seiner Dominanz im privaten Bereich, auch politische Nutzungsformen. Die Möglichkeit, tausende von Gleichgesinnten dort zu treffen, wird in vielfältiger Art und Weise verwendet: von Politikern, politischen Organisationen und auch zunehmend von Unternehmen. Vor allem die Fallstudie zum „Arabischen Frühling" verdeutlicht die Funktion einer globalen Gruppenbildung, die sich auch für politisches Engagement nutzen lässt.

Literatur

Anastasiadis, Mario/Thimm, Caja (Hg.) (2011): Social media. Theorie und Praxis digitaler Sozialität. Frankfurt a.M. [u.a.]: Peter Lang.

Baringhorst, Sigrid (2009): Politischer Protest im Netz – Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation. In: Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch (Hg.): Politik in der Mediendemokratie: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 609–634.

Baym, Nancy (2010): Personal connections in the digital age. Chichester: Polity Press.

Dahlgren, Peter (2009): Media and political engagement. New York: Cambridge University Press.

Deth van, Jan W. (2009): Politische Partizipation. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hg.): Politische Soziologie: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.

Ebersbach, Anja/Glaser, Markus/Heigl, Richard (2011): Social Web. 2. Aufl. Konstanz: UVK Verl.-Ges.

Emmer, Martin/Vowe, Gerhard (2004): Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger. In: PVS 45 (2), S. 191–212.

Facebook.com (2012): Key Facts. Online verfügbar unter http://newsroom.fb.com/content/default.aspx?NewsAreaId=22, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Faulstich, Werner; Hickethier, Knut (Hg.) (2000): Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung. Arbeitstagung. Bardowick: Wissenschaftler-Verl.

Gerhardt, Volker (2007): Partizipation. Das Prinzip der Politik. München: C.H. Beck.

Hasebrink, Uwe/Domeyer, Hanna (2010): Zum Wandel von Informationsrepertoires in konvergierenden Medienumgebungen. In: Maren Hartmann und Andreas Hepp (Hg.): Die Mediatisierung der Alltagswelt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage, Wiesbaden, S. 49–65.

Kaase, Max (2003): Politische Partizipation. In: Uwe Andersen und Woyke Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003. Opladen: Leske + Budrich, zuletzt geprüft am 26.11.2011.

Krotz, Friedrich (2007): Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Metzges, Günter (2007): Online-Bürgernetzwerke. Eine neue Organisationsform jenseits von Parteien, NGOs und Medien. In: Stiftung MITARBEIT (Hg.): E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet. Unter Mitarbeit von Christoph Okupe. Bonn: Stiftung Mitarbeit, S. 214–230.

Schmidt, Jan (2008): Was ist neu am Social Web? Soziologische und kommunikationswissenschaftliche Grundlagen. In: Ansgar Zerfaß/Martin Welker und Jan Schmidt (Hg.): Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Köln: Halem, S. 18–41.

Siedschlag, Alexander/Rogg, Arne/Welzel, Carolin (2002): Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet. Opladen: Leske + Budrich.

Thimm, Caja/Dang-Anh, Mark/Einspänner, Jessica (2012): Medien im sozialen Nahraum: Twitternde Bürgerschaft(en). 57. Jahrestagung der DGPuK „MediaPolis – Kommunikation zwischen Boulevard und Parlament". Berlin, 16.05.2012.

Thimm, Caja/Dang-Anh, Mark/Einspänner, Jessica (2011): Diskurssystem Twitter: Semiotische und handlungstheoretische Perspektiven. In: Mario Anastasiadis und Caja Thimm (Hg.): Social media. Theorie und Praxis digitaler Sozialität. Frankfurt a.M. [u.a.]: Peter Lang, S. 265–287.

TNW (2012): China's Sina Weibo passes 300m registerd users, reveals mobile usage is higher than PC. Online verfügbar unter http://thenextweb.com/asia/2012/05/16/chinas-

sina-weibo-passes-300m-registered-users-reveals-mobile-usage-is-higher-than-pc/, zuletzt aktualisiert am 16.05.2012, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Twitter.com (2010): Twitter Blog: The Evolving Ecosystem. Online verfügbar unter http://blog.twitter.com/2010/09/evolving-ecosystem.html, zuletzt aktualisiert am 17.10.2011, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Twitter.com (2011): Twitter Blog: Your world, more connected. Online verfügbar unter http://blog.twitter.com/2011/08/your-world-more-connected.html, zuletzt aktualisiert am 17.10.2011, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Winter, Rainer/Kutschera-Groinig, Sonja (2006): Widerstand im Netz? Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation. 1. Aufl. Bielefeld: Transcript.

Wolling, Jens/Emmer, Martin (2011): Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. 1. Aufl. Konstanz: UVK.

Abbildungen

Abbildung 1: Thimm, Caja/Dang-Anh, Mark/Einspänner, Jessica (2012): Medien im sozialen Nahraum: Twitternde Bürgerschaft(en). 57. Jahrestagung der DGPuK „MediaPolis – Kommunikation zwischen Boulevard und Parlament". Berlin, 16.05.2012.

Stuttgart 21 – „Wutbürger“ offline und online

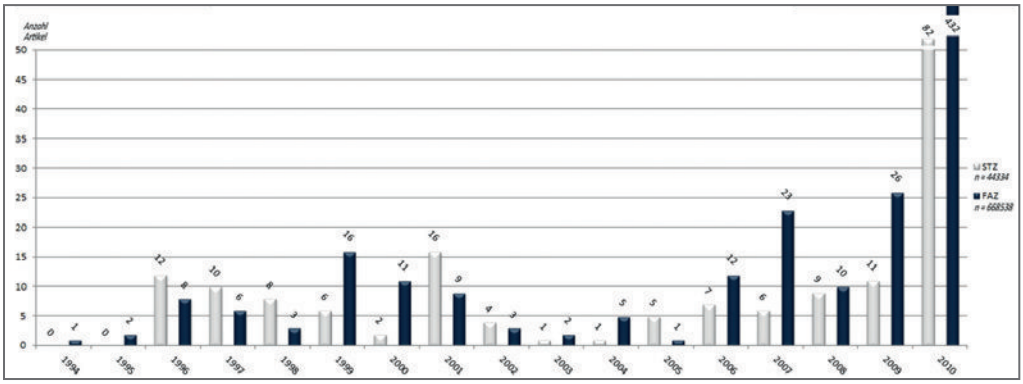
Seit nahezu zwei Jahrzehnten beschäftigt die Menschen in Stuttgart und Umgebung die Neuplanung des Hauptbahnhofs der Baden-Württembergischen Hauptstadt. „Stuttgart 21“ soll die Zukunft bringen – Arbeitsplätze und Wachstum inbegriffen. Dabei ist dies, wie man meinen könnte, keineswegs nur ein lokalpolitisches Konfliktthema: „Stuttgart 21“ ist seit 2010 auch bundesweit ein Schlagzeilenthema. Heute steht dieses Projekt einerseits beispielhaft, andererseits symbolträchtig, für eine verfehlte Bürgerbeteiligung. Erst der Bürgerentscheid im Jahr 2011, der von der frisch gewählten Grün-Roten Landesregierung mehr oder weniger zähneknirschend durchgeführt wurde, ergab eine Befriedung der Verhältnisse. Die Wahl des Grünenpolitikers Fritz Kuhn zum Oberbürgermeister von Stuttgart im Oktober 2012 war ein weiteres Signal für die sich verändernden Interessenlagen – Bürgermeinung und Bürgerwillen nicht nur zur Kenntnis, sondern auch ernst zu nehmen, dürfte eine der wichtigsten Lektionen aus den Protesten der Stuttgarter „Wutbürger“ sein.

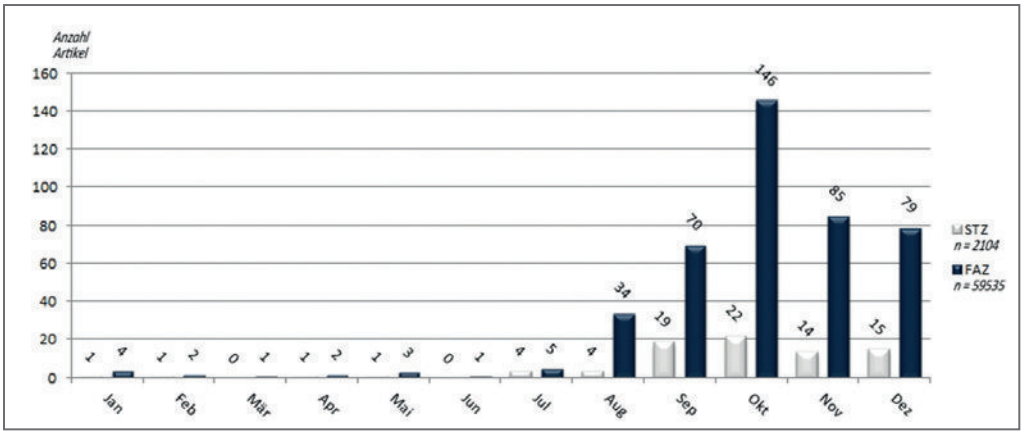
Stuttgart 21 – Chronologie und Medienberichterstattung

Der Bahnhof in Stuttgart ist nicht das einzige Großprojekt, das das Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Politik herausfordert, aber sicher das sichtbarste. Bereits seit über 25 Jahren gibt es Pläne für einen unterirdischen Bahnhof in Stuttgart. Im Oktober 1988 stellt Gerhard Heimerl seine Idee eines Durchgangsbahnhofs für Stuttgart vor und sechs Jahre später wird „Stuttgart 21“ zum ersten Mal als „Jahrhundertchance für die Landeshauptstadt“ vorgestellt. Im November 1995 unterzeichnen Bahn, Bund, Land und Stadt eine Rahmenvereinbarung zur Finanzierung von „Stuttgart 21“. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März 1996 wird Erwin Teufel zum Ministerpräsidenten gewählt, diesmal allerdings nur mit Unterstützung eines Koalitionspartners, der FDP.

Ein Jahr später gewinnt Christoph Ingenhoven den Architektenwettbewerb für den Hauptbahnhof. Im Juli 1999 stellt sich der neue Bahn-Chef Ludewig gegen das Projekt „Stuttgart 21“ und stoppt es vorerst. Im Dezember findet ein Richtungswechsel statt: Hartmut Mehdorn will an „Stuttgart 21“ festhalten, die Finanzierung bleibt allerdings unklar. Im Februar 2000 erklärt sich dann das Land Baden-Württemberg zu einer milliardenschweren Zusammenarbeit mit der Bahn bereit. Bedingung des Landes: „Stuttgart 21“ und die Neubaustrecke nach Ulm müssen realisiert werden. Ein Jahr später steht die Vorfinanzierung zwischen Land und Bund. Im November 2001 beginnt das Planfeststellungsverfahren für „Stuttgart 21“, und bereits im Dezember erwirbt die Stadt für 459 Millionen Euro 109 Hektar Gelände, welches durch den Bau des Tiefbahnhofs frei werden soll. Im September 2002 startet das Anhörungsverfahren für den Tiefbahnhof, gefolgt von einer öffentlichen Erörterung der Pläne für den ersten Planungsabschnitt im April des Folgejahres. Die Genehmigung des Eisenbahnbundesamtes für den Bau des Tiefbahnhofs erfolgt im Juli 2004. Bei der

Tabelle 1: Entwicklung Print-Berichterstattung „Stuttgart 21“ FAZ/STZ (1994–2010)
Tabelle 2: Berichterstattung „Stuttgart 21“ FAZ/STZ (2010)





Wahl des Oberbürgermeisters im Oktober 2004 zieht der Grüne Boris Palmer vor dem zweiten Wahlgang seine Kandidatur zurück, stellt jedoch eine Bedingung: der führende Kandidat Schuster habe einem Bürgerentscheid zuzustimmen, falls das Projekt „Stuttgart 21“ deutlich teurer werde. Schuster siegt im zweiten Wahlgang. Im November 2007 überreichen Gegner des Projekts im Rathaus 67.000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid über „Stuttgart 21“. Aber Schuster löst sein Versprechen nicht ein und die Gegner des Projektes fühlen sich getäuscht. Im April 2009 unterzeichnen die Projektträger in der Villa Reitzenstein dann endgültig die Finanzierungsverträge für „Stuttgart 21“. Der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger sagt: „Weiterer Widerstand ist zwecklos.“

Keiner jedoch hatte mit der dann folgenden massiven Protestwelle gerechnet. Als für August die ersten Abbrucharbeiten angekündigt werden, intensivieren sich die Demonstrationen. Der Protest ist nun bereits zu einer Massenbewegung geworden, und Zehntausende gehen wöchentlich auf die Straße. „Stuttgart 21“ wird ein bundespolitisch wichtiges Thema, bei dem sich nun auch die Kanzlerin einschaltet. Insbesondere die Landtagswahlen machen „S21“ nun endgültig zu einem auch bundespolitisch relevanten Thema. Aufgrund anhaltender Proteste und erster Eskalationen zwischen Protestierenden und Polizei wird im Oktober 2010 eine Schlichtung mit Heiner Geißler als Vermittler zur Konfliktlösung angesetzt.

Um in den Medien bundesweite Aufmerksamkeit zu erreichen, bedarf es eines möglichst bilderwirksamen Ereignisses. Bei „Stuttgart 21“ sind das vor allem die Proteste der Stuttgarter Bürger aller Altersklassen – es sind eben keineswegs nur Umweltschützer und politische Aktivisten, sondern die angeblich so „braven Schwaben“, die im Schlossgarten protestieren. Die Medien stufen „Stuttgart 21“ spätestens dann als wichtig ein, als ab Frühsommer 2010 immer mehr Demonstranten teilnehmen. Diese Einstufung lässt sich daran festmachen, dass ein Großteil der Artikel zum Thema Stuttgart 21 auf den Zeitungsseiten eins bis drei erscheint. Die Demonstrationen und das Projekt „Stuttgart 21“ erfahren demzufolge eine hohe mediale Aufmerksamkeit, was sich beispielsweise an der absoluten Anzahl der Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und der Stuttgarter Zeitung (StZ) darstellen lässt. Beide Zeitungen berichteten in 2010, vor allem in der entscheidenden Phase, von August bis Dezember, überdurchschnittlich viel über „Stuttgart 21“ (siehe Tab. 1 & 2).

In der Folge der Berichterstattung kommt es zu einer Eventisierung des Protestes und zu einer symbolischen Überhöhung des Gesamtprojektes – es wird nun zum Sinnbild des Aufstandes der „Wutbürger“ gegen eine ignorante und überhebliche Landespolitik. Befeuert wird die-

ses Bild von dem anscheinenden Widerspruch zwischen dem Image der korrekten, sparsamen und konservativen Schwaben und den Bildern der gewalttätigen Proteste, die den Konflikt für alle greifbar machen.

Auch wenn ein Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung sicherlich kein weitergehendes Interesse an dem lokalen Konflikt selbst hatte, so ist doch die Empörung hoch, als die Polizei am sogenannten „schwarzen Donnerstag" mit Wasserwerfern gegen die Demonstranten vorgeht und einen älteren Bürger dabei so verletzt, dass er sein Augenlicht verliert. Auch später kommt es zu den „Jagdszenen aus dem Ländle" (Renz 2010: 4), bei der die Polizei mit „massiver Gewalt" (Deckstein 2010d: 6) gegen die Demonstranten vorgeht. Die Ereignisse im Schlossgarten stellen aus diesem Grund ein Wendepunkt für die weitere Berichterstattung über „Stuttgart 21" dar. Gerade solche „negativistischen" Ereignisse sind häufig Auslöser für ein „Schlüsselereignis" (Rauchenzauner 2008: 167).

Die Bilder zeigen Wirkung. Kurz nach der Eskalation im Schlossgarten ist man in Stuttgart zu umfangreichen Zugeständnissen bereit. FDP, SPD und Grüne wollen einen Vermittler einschalten. Eine Volksabstimmung wie zuerst geplant wird von Gutachtern allerdings als verfassungswidrig eingestuft. Stefan Mappus stoppt keine Woche nach dem Polizeieinsatz im Schlossgarten aufgrund des enormen gesellschaftlichen und politischen Drucks die Bauarbeiten am Bahnhof. Einen Tag später wird Heiner Geißler am 6.10.2010 als Vermittler bekannt gegeben. Dieser fordert sogleich: „Alle Argumente, alle Fakten und alle Zahlen müssen auf den Tisch" (Geißler 2010: 5), um das Projekt doch noch zu einem „Bürgerprojekt" zu machen und um die „hochangespannte Situation" (ebd.) zu entschärfen.

Die live übertragenen Schlichtungsgespräche stellen zweifelsfrei den medialen Höhepunkt des Konfliktes dar und sind ein erster Erfolg der „Stuttgart 21"-Gegner. Doch die Schlichtungsgespräche sind auch eine neue Form der Mediendemokratie. Medien, in diesem Falle der Fernsehsender Phönix, fungieren hier als Dienstleister der Bürgerschaft, die eine Schlichtung erzwungen hat, um eine jahrelange vernachlässigte Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Politik nachzuholen. Viele der Bürger waren allerdings mit der Rolle der Massenmedien während der Schlichtungsgespräche und Proteste nicht zufrieden, was dazu führte, dass sich alternative Medien wie beispielsweise fluegel.tv und cams21.de herausbildeten oder aber Aktionsplattformen wie bei-abriss-aufstand.de entstanden, die während der Proteste immer wieder als Anlaufstellen für Aktivisten und Interessierte dienten.

Mit Social Media in den Schlosspark

Die Proteste um „Stuttgart 21" sind ein gutes Beispiel für die von zivilgesellschaftlichen Akteuren der aktiven Bürgerschaft zunehmend genutzte Form der Online-Kollaboration und des Online-Protests. Alternative Medien wie fluegel.tv oder bei-abriss-aufstand.de dienten als Schnittstelle zwischen den Aktivisten und der Bürgerschaft. Über die Web-Plattform www.fluegel.tv hatten Aktivisten bereits seit August 2011 den Stream einer Live-Webcam in Betrieb, die kontinuierlich neue Bilder vom Stuttgarter Hauptbahnhof sendete, wobei zeitweise bis zu 500.000 Zuschauer gleichzeitig online zuschauten (Voigt/Kreiml 2011: 37). Die Webcam dokumentierte das Geschehen vor Ort – unabhängig von der aktuellen Medienberichterstattung. Die professionelle Planung dieser Installation lässt diese Plattform zu einem Erfolg werden, sie „wächst rasch zu einem Sprachrohr der zivilen Protestbewegung gegen Stuttgart 21" (Puttenat/Schrem 2011). Der hohe Zulauf, sowohl an freiwilligen Mitarbeitern als auch an Zuschauern, führt zu einer Ausweitung des Sendungskonzeptes. Mit professionellem Equipment wird ein provisorisches Fernsehstudio aufgebaut, aus dem am 4. September 2010 die erste Talkrunde mit dem Titel „Auf den Sack" übertragen wird. Bekennende regionale Gegner des Projektes, wie der Schauspieler Walter Sittler, zählen zu den Gästen. Insgesamt werden sieben Sendungen mit Experten gesendet, bei denen auch Projektbefürworter zu Wort kommen dürfen. Vor allem die Demonstration vom 30. September 2010, bei der die Polizei massiv im Einsatz ist, wird von den Betreibern

von fluegel.tv rund um die Uhr live begleitet. Zwar sind die ehrenamtlichen Produzenten stets bemüht das Material professionell herzustellen, allerdings tragen gerade die kleineren Fehler während der Live-Sendung zur Steigerung der Authentizität und Glaubwürdigkeit des Programms bei (Puttenat/Schrem 2011). Als Aufgabe von fluegel.tv sehen Puttenat und Schrem die Notwendigkeit „einen Teil zur Demokratisierung der Gesellschaft beizutragen, indem Diskussionen, Kongresse, Demonstrationen und so weiter möglichst live und in voller Länge übertragen werden" (ebd.).

Die permanente Aufzeichnung der Ereignisse macht den Aktionssender auch für die traditionellen Print- und TV-Medien interessant – das Material findet Eingang in die massenmediale Berichterstattung. Auch die Plattform cams21.de überträgt Live-Streams verschiedener Webcams und stellt Hintergrundartikel zu den aktuellen Entwicklungen bereit. Neben diesen beiden Plattformen finden sich auch Vernetzungen, die speziell zur Verknüpfung von Aktivisten dienen – so beispielsweise parkschuetzer.de („Das Netzwerk des Widerstands"). Diese Plattform ist eng mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie kopfbahnhof-21.de oder bei-abriss-aufstand.de verknüpft und versteht sich selber als „Informations- und Vernetzungsplattform aller am Protest gegen S21 Beteiligter – Bündnisse, Gruppierungen oder Einzelpersonen" (parkschuetzer.de). Bei-abriss-aufstand.de bildet die zentrale Plattform für die Aktivisten. Dort werden Konferenzen geplant, Pressetexte und aktuelle Termine veröffentlicht. Außerdem können Interessierte über ein Infotelefon oder per E-Mail mit den Parkschützern in den direkten Kontakt treten.

Eine Bündelung erfahren die verschiedenen Aktionsplattformen über das soziale Netzwerk Facebook und die Mikrobloggingplattform Twitter. Denn über Tweets mit Links zu einzelnen Aktionen oder durch Aufrufe und Kommentierung von Nachrichten entsteht ein vielseitiges Informations- und Partizipationsangebot für die unterschiedlichen Kommunikationsplattformen. Durch die weite Verbreitung und Möglichkeit durch einen einfachen Klick auf den „Like"-Button Solidarität auszudrücken, gewinnt vor allem Facebook für Gegner und Befürworter des politischen Großprojektes an Relevanz.

Organisation und Kommunikation auf Facebook

Die Facebook-Gruppen „KEIN Stuttgart 21" und die „FÜR Stuttgart 21" verbinden die zuvor vorgestellten Online-Plattformen in ihren interaktiven Gruppen (siehe Abb. 1 & 2). Der Austausch untereinander dient in beiden Gruppen, ob nun Befürworter oder Gegner, nicht nur der gemeinsamen Koordination und Information, sondern auch der Selbstvergewisserung, der emotionalen Unterstützung und der Ausbildung einer Gruppenidentität (siehe Abb. 3 & 4, S. 24). In der heißen Phase der Proteste posten die Administratoren der Facebook-Gruppe „KEIN Stuttgart 21" zumindest täglich neue Nachrichten mit teils informativem, teils agitierendem Charakter. Beispielsweise werden die Gruppenmitglieder am 7. Oktober 2010 dazu aufgerufen, an einer Online-Demonstration teilzunehmen, dem sogenannten „Online-Schwabenstreich". Der Schwabenstreich wird bereits Tage vor der Aktion angekündigt. Viele nehmen teil, was sich in der Anzahl der „Likes" der Nachricht widerspiegelt: „O N L I N E - S C H W A B E N S T R E I C H alle Teilnehmer des 1. Online-Schwabenstreichs bitte auf „Gefällt Mir" Klicken! Vielen Dank schon mal an euch alle das Ihr hier seid." Der Aufruf wird erhört – 4.015 NutzerInnen liken diese Nachricht.

Die Facebook-Gruppe dient weniger der aktiven Echtzeitkoordinierung der Proteste, sondern stärker der online Gemeinschaftsbildung. Evident wird das beispielsweise in einer Nachricht vom 19. Oktober 2010: „Wir begrüßen unser 80.000stes Mitglied! Vielen Dank an jede(n) Einzelne(n) von euch! Hilft alle weiter mit damit unsere Seite wächst! Eure Admins". Einträge dieser Art werden häufiger gepostet und bestätigen den Gruppenmitgliedern somit ihre Wichtigkeit. Man folgt der Maxime: Jedes Gruppenmitglied zählt und jedes „Like" erhöht den Einfluss der Gruppe. Neben aktuellen Neuigkeiten und Hintergrundinformationen aus verschiedenen Zeitungsmedien animieren die

Abbildung 1: Facebook-Gruppe „FÜR Stuttgart 21“
Abbildung 2: Facebook-Gruppe „KEIN Stuttgart 21“

Administratoren die Mitglieder aber auch wiederholt zur Teilnahme an den bekannten Montagsdemonstrationen: „Es gibt kein schlechtes Wetter - nur schlechte Kleidung: heute ist MONTAGSDEMO. Auf zum Stuttgarter Hauptbahnhof, um 18 Uhr geht es los.“ Das Admin-Team hebt auch gelungene Aktionen hervor, wie in diesem Post vom 30. November 2010: „Trotz Eis und Schnee: Gestern haben nach Polizeiangaben mehr als 5000 Menschen gegen Stuttgart 21 demonstriert - während es die Kopfbahnhofgegner am Donnerstag gerade mal auf 500 Demonstranten brachten. Wir sind stolz auf Euch! (Aka)“.

Auch nach dem Schlichtungsspruch durch Heiner Geißler bleiben die Nachrichten kämpferisch. Doch im selben Zeitraum erfährt auch die Befürwortergruppe des Projektes „FÜR Stuttgart 21“ einen regen Zulauf an Mitgliedern. Wie ihre Gegenspieler umwirbt auch sie die NutzerInnen mit Informationen und Aufrufen zu Demonstrationen. Die Gruppe gewinnt ebenfalls schnell an Zulauf und bietet ein Sprachrohr für die Befürworter der Projektes – was auch an den Postings deutlich wird: „Juchuu, inzwischen hat Stuttgart 21 auf dieser FB-Seite über 51.000 Anhänger! Jetzt gilt es Flagge zu zeigen. Geht raus und sprecht mit Freunden, Familie und Kollegen. Tragt den Button und kommt am Donnerstag zur großen Demo FÜR S21. Jetzt erst recht!“ (3.10.2010). Vor allem von den etablierten Medien erfahren die beiden Plattformen rege Aufmerksamkeit. Die Administratoren sind auch hier bemüht über die Möglichkeit Freunde zu Gruppe einzuladen, den Kreis der potenziellen Empfänger von Informationen zu vergrößern.

Und auch ein Jahr nach der Schlichtung sind die Fronten zwischen den beiden Parteien nach wie vor verhärtet: „Die Bahn beginnt heute mit der Verlegung der Rohre für das Grundwasser-Management. Die Polizei leistet gerade wieder super Arbeit und trägt Leute vom Platz, die sich Parkschützer nennen, aber in Wahrheit den Rechtsstaat bekämpfen. FÜR S21, FÜR unsere Polizei!!“ (9.8.2011)

Im direkten Vergleich lässt sich beobachten, dass die Gegner von Stuttgart 21 auf eine wesentlich größere Bandbreite an Kommunikationsformen zurückgreifen. Denn die Gruppe „KEIN Stuttgart 21“ verweist auf ein großes Netzwerk verschiedener Plattformen für die Diskussion über Stuttgart 21 und die Organisation von gemeinsamen Maßnahmen. Die Wirkkraft dieser Gruppe entfaltet ihr Potenzial also vor allem über die Vernetzung mit anderen lokalen und regionalen online Initiativen wie parkschuetzer.de, bei-abriss-aufstand.de oder fluegel.tv.

#S21 – Protest und Kommunikation auf Twitter

Die Proteste um Stuttgart 21 formierten sich auch auf Twitter. Twitter ermöglicht über das Symbol des Hashtags („#“) die Verschlagwortung verschiedener Themen, Nutzer von Twitter können sich dadurch einem bestimmten Diskurs zuordnen und sich mit anderen Nutzern über das Hashtag solidarisieren. Da Twitter

Abbildung 3: Diskussion in der Gruppe „KEIN Stuttgart 21“
Abbildung 4: Auch auf „FÜR Stuttgart 21“ wird diskutiert

durch die mobile Nutzung an unterschiedlichen Orten verwendet werden kann, lässt sich dadurch – quasi von unterwegs – Kommunikation organisieren und auch Offline-Protest steuern.

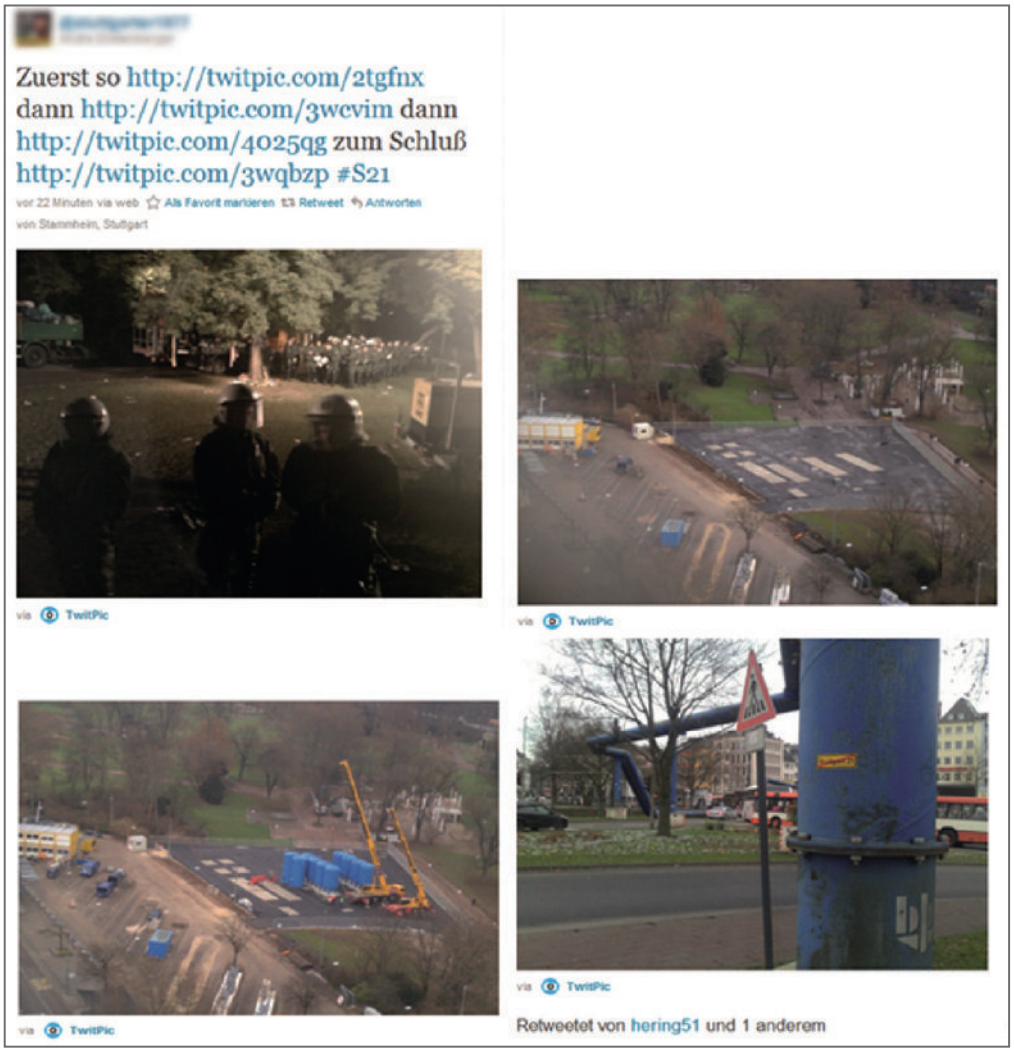
Auf dem Höhepunkt der Proteste um Stuttgart 21 wurden verschiedene Twitter-Strategien verwendet. Dabei lassen sich vor allem zwei Strategien deutlich unterscheiden – die der Mobilisierung und die der Dokumentation. Ein besonders eindrückliches Beispiel zeigt sich in der nachstehenden “Bildergeschichte“, in der durch einen einzigen Tweet mittels der möglichen 140 Zeichen durch die Einbindung von Fotos allen Followern gezeigt wird, in welch kurzer Zeit bauliche Veränderungen vorgenommen wurden (siehe Abb. 5). Diese sequentielle schriftlich-visuelle ‚Beweisführung‘ enthält insgesamt vier Links und ein Hashtag („#s21“), verbunden mit den Zeitmarkern „zuerst“, „dann“ und „zum Schluß“. Hierbei handelt es sich um eine narrative Struktur, die sich in der Visualisierung des Bildclusters parallelisiert.

Twitter ist damit ein multidimensionales Mittel, das für die verschiedensten Zwecke eingesetzt wird. Insbesondere in Bezug auf die Beweiskommunikation werden auch Videoverlinkungen eingesetzt, mithilfe deren die Demonstranten minutiös dokumentieren, was sich während der Proteste abspielte.

Auch aktuell wird auf Twitter noch lebhaft für und wider den Bau des neuen Bahnhofs gestritten. Bei einer Analyse von 1.587 Tweets, die am 15. Februar 2012, also rund zwei Jahre nach den Schlichtungsgesprächen, erfasst wurden, zeigen sich die Möglichkeiten von Social Media via Twitter (Dang-Anh/Einspänner/Thimm 2012). An diesem Tag sollte der altehrwürdige Schlosspark abgesperrt werden, um Baufällarbeiten in den nächsten Tagen zu ermöglichen, doch Aktivisten ketteten sich an die Bäume oder gruben sich ein, über 2.000 Sicherheitskräfte waren im Einsatz (siehe Abb. 7, S. 26). Ein Großteil der Tweets nutzt Hashtags wie „#S21“, um sich im Online-Diskurs zu verorten, eine kleinere Anzahl auch #cams21“, „#Stuttgart“, „#Grüne“ oder „#Schlossgarten“. Dabei sind nicht nur die Gegner auf Twitter aktiv, auch die Polizei, die über das Hashtag „#S21“ den Kontakt mit den Demonstranten sucht und diese unter anderem zum Verlassen des Geländes auffordert, nutzt es (siehe Abb. 6, S. 26). Ebenfalls finden über die direkte Adressierung via „@-Zeichen“ Diskurse zwischen Unterstützern und Gegnern von „Stuttgart 21“ statt. Der Twitter-Account „Bei Abriss Aufstand“ nutzt seine Tweets hingegen, um die Demonstranten über die aktuellen Geschehnisse auf dem Laufendem zu halten (siehe Abb. 8). Durch die Angabe der Uhrzeiten in den jeweiligen Tweets und die dadurch hergestellte Chronologie erzeugen diese eine Form der Dramatik, dienen den Aktivisten vor Ort aber auch als verlässliche Informationen, zum Beispiel über aktuelle Aktionen der Polizei.

Eine 2010 durchgeführte Studie untersuchte während der Zeit von September bis Oktober 2010 die Stimmung von Tweets, die eindeutig durch das Hashtag #S21 gekennzeichnet waren,

Abbildung 5: Narration auf Twitter



oder die sich inhaltlich mit Stuttgart 21 oder S21 beschäftigten (Valuescope 2010). Die Ergebnisse konnten zeigen, dass der Großteil der Nennungen in Bezug auf Stuttgart 21 neutral oder aber negativ waren. Nur ein verschwindend geringer Teil der Tweets war dagegen positiv. Das Verhältnis von negativen zu positiven Tweets lag bei etwa 14,75:1. Zurückzuführen ist der Anstieg der negativen Tweets maßgeblich auf den gewaltsamen Eingriff der Polizei während der Demonstration am 30. September 2010 (ebd.: 4). Und auch inhaltlich spiegeln sich die konträren Positionen darin wieder. Während negative Tweets vor allem Worte wie „Wasserwerfer" oder „Polizeigewalt" beinhalteten, wurde in positiven Tweets vor allem Worte wie „Abstimmen" und „Zukunft" verwendet, wodurch die Autoren der Studie auf eine stärkere inhaltliche Diskussion der Ereignisse schließen (ebd.: 5).

Durch die Möglichkeit der Nachvollziehbarkeit der Kommunikation lässt sich hier zudem erkennen, dass es auch bei Twitter lokale Meinungsführer gibt. Bestimmte Tweets, wie zum Beispiel jene von „robin_wood" oder „abrissaufstand" werden dabei besonders häufig geretweetet, erfahren also eine weitere Verbreitung unter den Twitter-NutzerInnen. Viele der Tweets enthalten zudem mediale Elemente, wie Links zu anderen Websites, Fotos oder Links zu Videos, was das Erlebnis und die gefühlte Nähe zu den Demonstranten vor Ort noch zusätzlich stärkt. Ähnlich wie bei den Protesten in Ägypten, wie noch gezeigt werden wird, können spontan sogenannte Ad-hoc-Öffentlichkeiten entstehen,

Abbildung 6: Die Stuttgarter Polizei (Tweets vom 15. Februar 2012)
Abbildung 7: @fluegeltv bindet Bilder in die Tweets ein
Abbildung 8: @abrissaufstand informiert minütlich

die langfristig zu einem Vergemeinschaftungsprozess Gleichgesinnter führen können.

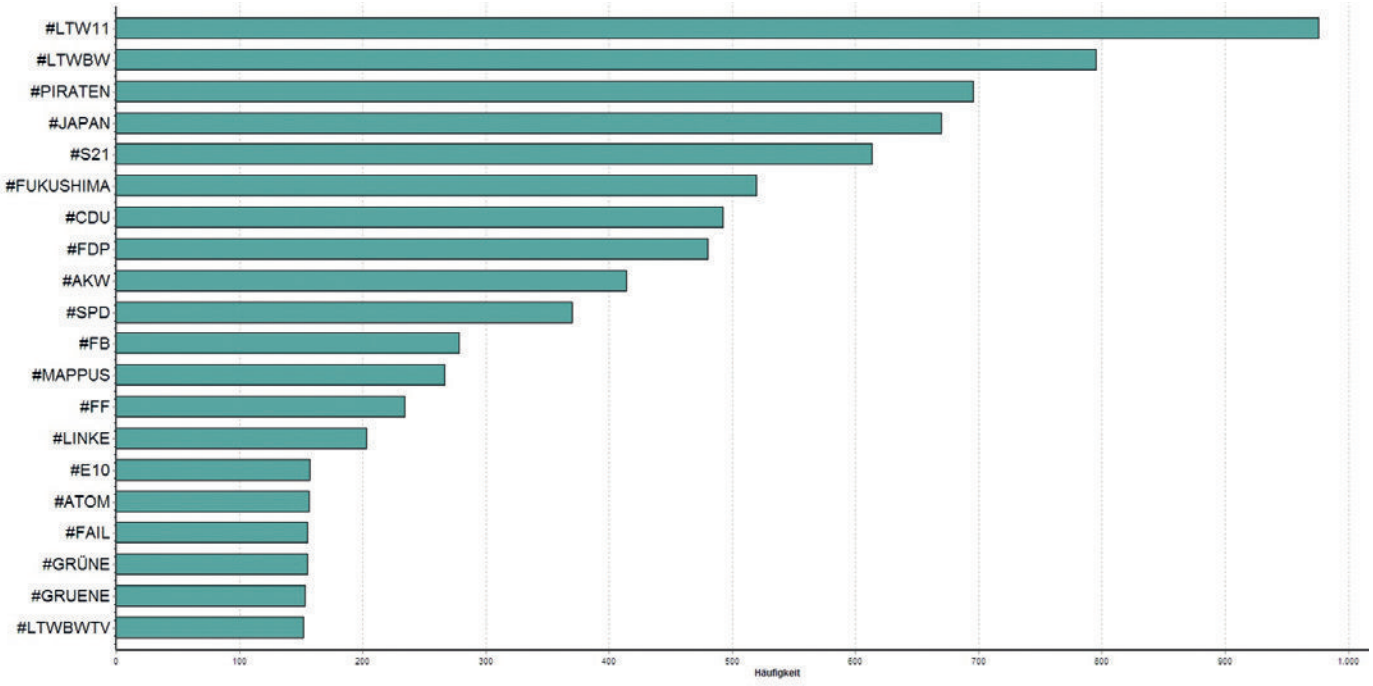
Twitter ist nicht nur Organisationsmedium, sondern auch seismografisch relevant als Agendasetter. So zeigt sich bei der Auswertung der Hashtags ein hohes Ranking des Themas S21 in den vier Wochen vor der Landtagswahl, das direkt hinter Landtagswahl (#LTW11/LTWBW), #Piraten und #Japan folgt (siehe Abb. 9).

Aktivismus auf Facebook: Nutzerperspektiven

Neben den genannten digitalen Anlaufstellen für Aktivisten wurden Facebook-Gruppen eingerichtet, in denen Kommentierungen und Diskussionen möglich sind. Vor allem in diesen zwei großen Facebook-Gruppen versammelten sich Befürworter und Gegner während der Hochzeit der Proteste Ende 2010.

Um Meinungen zum Großprojekt Stuttgart 21 zu erheben, wurde in dem Zeitraum vom 02.01. bis 30.01.2010 einmal pro Woche in den Facebook-Gruppen „FÜR Stuttgart 21“ (n=277) und „KEIN Stuttgart 21“ (n=233) der Link zu einem Online-Fragebogen geschaltet. Zur Zeit der Erhebungsphase hatte die Gruppe „FÜR Stuttgart 21“ rund 128.170 „Gefällt mir“-Klicks, die Gruppe „KEIN Stuttgart 21“ rund 98.430. Es zeigt sich somit nicht nur auf der Straße und bei der Fernsehübertragung der Schlichtungsgespräche ein reges Interesse an dem Projekt „Stuttgart 21“, auch im Internet war das Thema lange vor 2010 präsent. Während über 50 Prozent der Projektbefürworter in der Facebook-Gruppe „KEIN Stuttgart 21“ bereits vor dem Jahr 2000 von dem Projekt „Stuttgart 21“ gehört haben, geben knapp 40 % der Projektgegner an, erst ab dem Jahr 2006 von „Stuttgart 21“ erfahren zu haben. Etwa 70 % der Befragten gaben an, dass Stuttgart 21 entweder „ohne Wenn und Aber wichtig“ oder aber „überflüssig sei“. Da sowohl beim Fragebogen FÜR-„Stuttgart 21“ als auch bei KEIN-„Stuttgart 21“ jeweils um die 30 % die jeweils konträre Position eingenommen haben, ist davon auszugehen, das gut ein Drittel der aktiven Gruppenmitglieder auch auf der anderen Seite aktiv ist, beispielsweise um zu erfahren, was der Gegenpart denkt. Einigkeit

Abbildung 9: Verwendete Hashtags kurz vor der Landtagswahl



gibt es in den beiden Facebook-Gruppen darüber, dass Schlichtungen zumindest teilweise nützlich sind, was 83 % der Befragten so sehen. Von einem Erfolg sprechen aufseiten der ProjektbefürworterInnen 65 %, bei den Projektgegnern sehen dies immerhin noch 23 % so, wobei zu dieser Zahl die knapp 30 % addiert werden müssen, die sich „undercover" in der anderen Gruppe umhören. Eine große Mehrheit der „Stuttgart 21"-Gegner befürwortet eine komplett öffentliche Schlichtung, skeptischer sehen das die Befürworter. Dort ist knapp ein Drittel für eine nur teilweise öffentliche Schlichtung. Somit sehen die Bürger, die für den unterirdischen Bahnhof sind, in der kompletten Öffentlichkeit eher Nachteile für das Projekt.

Eine These nach den Schlichtungsgesprächen ist, dass die Bürgerschaft befriedet und Luft aus den Segeln des Protests genommen wurde. Bei den Nutzern der gegnerischen Facebook-Gruppe sieht das knapp vier Wochen nach dem Schlichtungsspruch hingegen anders aus. 67 % wollen sich nicht dem Schlichterspruch fügen, knapp 40 % will sich sogar im Jahr 2011 verstärkt gegen das Projekt „Stuttgart 21" einsetzen. Eine Mehrheit von 67 % sieht die Position zu „Stuttgart 21" für sich sogar als wahlentscheidend.

Auch wenn die Umfrage keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben kann, deutlich wird, dass die Bürgerschaft trotz öffentlicher Schlichtung nicht von der jeweils anderen Seite überzeugt wurde und keine klaren Mehrheitsverhältnisse herrschen. Die Bürgerschaft will sich weiter für ihre Sache einsetzen – egal ob Kopf- oder Tiefbahnhof.

S21 – Ein lokales Großprojekt und die Folgen

Der – noch nicht beendete – Konflikt um das Großbauprojekt Stuttgart 21 ist ein beredetes Exempel dafür, dass „repräsentative Demokratie kommunikative Demokratie sein [muss]" (Oberreuter 1986: 36). Gerade im Fall von „Stuttgart 21" fühlte sich die Bürgerschaft allerdings nicht hinreichend informiert – weder über das Projekt noch über eventuelle Möglichkeiten, sich an dem Projekt zu beteiligen bzw. es aufzuhalten.

Ein Großteil der medialen Berichterstattung im Vorfeld der Proteste gegen „Stuttgart 21" konnte die Bürgerschaft insgesamt nicht überzeugen. Zu viele Fragen blieben ungeklärt, zu viele Spekulationen und Gerüchte konnten sich

frei entfalten. Einzig die Grünen erkennen das Kommunikations-Defizit und nehmen sich der protestierenden Bürgerschaft an, indem Sie die die Mobilisierung der Protestbewegung unterstützen.

Die Protestbewegung nutzt Social Media als wichtigen Baustein ihre Kommunikationspolitik, besonders die Informations- und Motivierungsstrategien bilden einen Kern der Kommunikationspolitik. Dabei geht es aber weniger um eine Onlinedebatte oder eine digitale Präsenz der Protestgruppen – hier stehen die Social Media stark im Dienste der Offline-Aktivitäten. Anders als in den nachstehenden Fallstudien zu Ägypten und zu China ist das Digitale hier untergeordnete Strategie für die Mobilisierung auf dem Schlossplatz, u. a. für die Überwachung und Kontrolle der Ordnungskräfte. Dafür stehen auch die alternativen Medienangebote wie fluegel.tv, cams21.de oder bei-abriss-aufstand.de, die durch ihre autonome Medienproduktion und ihre multimediale Präsenz ein eigenständiges Medien- und Informationsangebot bieten konnten. Durch die Einbindung verschiedener Medien, wie Bildern und Videos, konnten beide Parteien für Ihre Argumente werben. Argumentative Aushandlungen verlagern sich demnach von Örtlichkeiten institutionalisierter Politik in Kommunikationsplattformen wie Twitter oder Facebook. Dort findet die Diskussion 24-Stunden am Tag statt, doch diese sind kaum in politische Prozesse eingebunden.

In Bezug auf die Konsequenzen hat Stuttgart 21 klar gemacht, dass allein die Optionen der Netzgemeinde, Orte konstant zu überwachen, Informationen zu bündeln und an spezifische Gruppen in hoher Geschwindigkeit zu verteilen, die Kommunikation zwischen Staat, Politikern und Bürgerschaft verändert hat. Die Tatsache, dass auch die Polizei inzwischen Social Media für die direkte Kommunikation nutzt, zeigt, dass einige staatliche Instanzen diese Form digitaler Direktheit verstanden haben und aktiv nutzen. Bisher jedoch ist dies eher in Krisensituation der Fall – Krisenkommunikation aber ist immer nur „Helfer in der Not". Es wird zu zeigen sein, wie eine gute Informationspolitik solche Konflikte besser abfedern kann, indem man beginnt, die Kommunikations- und Informationsbedürfnissen der BürgerInnen auch im digitalen Raum ernst zu nehmen.

Literatur

Brauck, Markus; Kaiser, Simone: Großer Bahnhof. In: Der Spiegel vom 22.11.2010, S. 178.

Deckstein, Dagmar (2010d): Das habe ich seit ´68 nicht erlebt. In: Süddeutsche Zeitung vom 01.10.2010, S. 6.

Geißler, Heiner (2010): Alle Argumente, alle Fakten und alle Zahlen müssen auf den Tisch. In: Süddeutsche Zeitung vom 07.10.2010, S. 5.

Oberreuter, Heinrich (1986): Abgesang auf einen Verfassungstyp? Aktuelle Herausforderungen und Missverständnisse der parlamentarischen Demokratie. In: ders. (Hrsg) (1986): Wahrheit statt Mehrheit? An den Grenzen der parlamentarischen Demokratie. München: Olzog, S.23-43.

parkschuetzer.de: Willkommen. Online verfügbar unter http://www.parkschuetzer.de/willkommen, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Puttenat, Thorsten/Schrem, Robert (2011): FLUEGEL.TV. Als uns in Stuttgart ein taktisches Medium passiert ist. Online verfügbar unter http://fallbeispiele.sozialebewegungen.org/stuttgart21/, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Rauchenzauner, Elisabeth (2008): Schlüsselereignisse in der Medienberichterstattung. Wiesbaden: VS Verlag.

Thimm, Caja/Dang-Anh, Mark/Einspänner, Jessica (2012): Medien im sozialen Nahraum: Twitternde Bürgerschaft(en). 57. Jahrestagung der DGPuK „MediaPolis – Kommunikation zwischen Boulevard und Parlament". Berlin, 16.05.2012.

Valuescope (2010): Valuescope Evalueator untersucht auf Twitter die Stimmungslage zum Thema "Stuttgart 21". Online verfügbar unter http://mom2.valuescope.net/wp-content/uploads/2010/11/valuescope_Stuttgart-21_de_29.10.2010.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Abbildungen

Abbildung 1: www.facebook.com/fuer.s21

Abbildung 2: www.facebook.com/keinstuttgart21

Abbildung 5–9: Thimm, Caja/Dang-Anh, Mark/Einspänner, Jessica (2012): Medien im sozialen Nahraum: Twitternde Bürgerschaft(en). 57. Jahrestagung der DGPuK „MediaPolis – Kommunikation zwischen Boulevard und Parlament". Berlin, 16.05.2012.

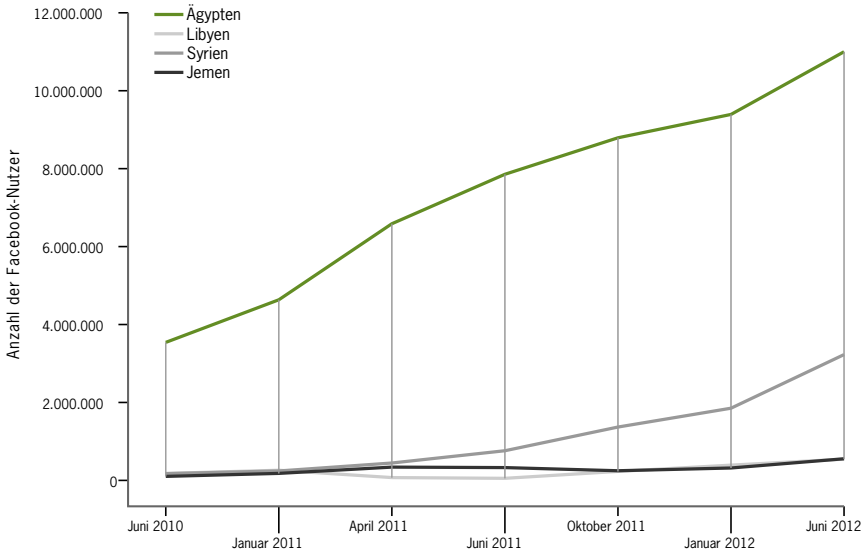
Der „Arabische Frühling“ – Beobachtungen zur ägyptischen digitalen Bürgerschaft

Als die deutschen Medien erste Bilder der Demonstrationen in Tunesien und Ägypten zeigten, waren die Unruhen in den Ländern selbst bereits seit längerer Zeit spürbar. Erst im Dezember 2010, etwa 11 Monate nach Ausbruch der Unruhen in Tunesien, nahm die internationale Presse deutlichere Notiz von dem beginnenden Aufstand. Als Auslöser der Proteste in Tunesien gilt die öffentliche Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi. Sein Verzweiflungstod warf einen grellen Schein auf die politische Lage, besonders jedoch auf die Perspektivlosigkeit von Millionen junger Menschen. Diese Jugend einte neben ihrer politischen Unzufriedenheit eine hohe Medienaffinität. Obwohl absolut gesehen nur relativ wenige Tunesier und Tunesierinnen Zugang zu den sozialen Netzwerken hatten, waren doch so viele von ihnen über Freunde und Bekannte online, dass ihre Organisationsfähigkeit und Kommunikationsintensität über Twitter und Facebook einen spürbaren Effekt auf die Mobilisierung vieler Menschen hatte. Die folgenden Massenproteste sorgten für einen politischen Flächenbrand, der die Architektur der nordafrikanischen Staaten neu ordnete und bis heute nicht abgeschlossen ist.

„Das dritte Erwachen“

Ein zentraler Grund für die Heftigkeit der Proteste kann vor allem in den sozioökonomischen Missständen in Nordafrika insgesamt gesehen werden (Asseburg 2011: 4ff). Trotz der teils rasch wachsenden arabischen Volkswirtschaften können die betroffenen Staaten nicht für eine ausreichende Anzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten sorgen und Jugendlichen eine berufliche Perspektive bieten (Ajami 2012: 56). Fouad Ajami beschreibt die aktuellen Entwicklungen in der Region als „the third great awakening“ (ebd.: 64). Es handelt sich um eine Demokratisierungswelle, die sich nach zwei früheren Wellen, im späten 18. Jahrhundert und in den 1950er Jahren, nun ihren Weg bahnt und sich dabei auch mithilfe neuer Kommunikationsmedien verbreitet. Genau diese bisher in der Geschichte revolutionärer Bewegungen einzigartige Qualität der digitalen Vernetzung wurde eines der in der Berichterstattung am liebsten aufgegriffenen Themen. Dabei bedienten sich die Medien gerne metaphorisch aufgeladener Begriffe wie dem „Arabischen Frühling“ oder der „Facebook-Revolution“. Im Allgemeinen wird mit den beiden Begriffen auf die transformierende Rolle von (neuen) Medien und sozialen Netzwerken in den Protesten im Nahen und Mittleren Osten verwiesen (Cottle 2011: 649). Auch wenn dies an anderer Stelle schon deutlich gemacht wurde, soll hier nochmals betont werden, dass die politischen Bewegungen in Nordafrika sich nicht auf die Verfügbarkeit sozialer Medien einerseits oder eine Revolution der Menschen („people's revolution“) andererseits reduzieren lassen (Lim 2012: 232). Vielmehr gilt es, die Verbindungen zwischen Medien und Protestkultur zu verdeutlichen und die genauen Nutzungsformen herauszuarbeiten.

Abbildung 1: Anzahl der Facebook-Nutzer von 2010-2012 (eig. Darst., kum. Daten aus Salem/Mourtada Racha 2011 & Salem/Mourtada 2012)



Als Ausgangspunkt dieser Debatte erweist sich auch die scharfe Polarisierung um das „gute" und das „böse" Netz als hinderlich, weil einseitig und nicht kontexualisiert. Während beispielsweise Techno-Optimisten wie der amerikanische Medienwissenschaftler Clay Shirky in den digitalen Kommunikationsplattformen einen Zugewinn an Möglichkeiten für den Austausch von Ideen, die Senkung von kommunikativen Transaktionskosten und eine Förderung politischer Partizipation sehen, befürchten Techno-Pessimisten, dass Social Media eine Gefahr für demokratische Regierungen darstellen und gleichzeitig autoritäre Regime stärken können (Morozov 2011). Inmitten dieser radikalen Positionen stehen Ausführungen wie die Larry Diamonds, der Informations- und Kommunikationstechnologien als „liberation technology" (Diamond 2010: 70) versteht, mit denen politische, soziale und ökonomische Freiheit erweitert werden können. Er tut dies jedoch nicht ohne Verweis auf die Einschränkungen und Gefahren, die sich durch Zensur und Verfolgung von Nutzern in autoritären Staaten ergeben. Es erscheint für eine Analyse der digitalen Strukturen politischer Bewegungen jedoch angebracht, sich den genauen und situativ variierenden Nutzungsformen zu widmen, ohne sich zu stark von grundlegenden Wertungen leiten zu lassen – zumindest ist das die Haltung, die die AutorInnen hier einnehmen.

Bei der Analyse des politischen Wandels mithilfe von Netzmedien muss zwischen Informations- und Organisationsfunktion unterschieden werden (Etling et al. 2010). Der freie Zugang zu Informationen ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren demokratischer Staaten. Das Internet mit seinen unüberschaubaren Mengen an Informationen aus aller Welt ermöglicht den Zugriff auf verschiedenartige Quellen, indem Gate-Keeping-Mechanismen staatlich reglementierter Medien umgangen werden. Es ist eben nicht mehr die staatlich gesteuerte Zeitung oder das Staatsfernsehen, das die Hoheit über Bild und Text besitzt, sondern es existieren daneben alternative Strukturen, Bilder von Laien und Augenzeugen und Berichte von Unabhängigen, die das Informationspuzzle ergänzen und korrigieren.

Auf diese Weise können beispielsweise politische Blogs in autoritären Staaten ein wirksames politisches Gegengewicht erzeugen. Sich online zu organisieren, wird dabei zwar als weit schwieriger angesehen, als ausschließlich Informationen zu verbreiten. Dennoch stellt die Organisation über das Internet vor allem für soziale Bewegungen, Protestgruppen und zivilgesellschaftliche Gruppierungen, eine Möglichkeit dar, Partizipationskosten zu senken, die Vielfalt von Informationen zu erhöhen und die Macht und den Einfluss traditioneller Bündnisse auf die Bildung neuer Gruppierungen zu umgehen (ebd.: 6, Lynch 2011: 302). Allerdings sind sie damit auch stärker der Gefahr ausgesetzt, zum Ziel der staatlichen Überwachung zu werden.

Netzmedien in Ägypten – zwischen Option und Repression

Zu Beginn des neuen Jahrtausends war die digitale informationelle Infrastruktur in Ägypten noch schwach ausgeprägt. Im Dezember 2000 gab es in Ägypten lediglich 450.000 Internetnutzer. Doch allein im Zeitraum von 2007 bis 2011 erhöhte sich in Ägypten die Anzahl aller Internetanschlüsse um 28,3 %, von knapp 10 auf nunmehr 29 Millionen Anschlüsse, was einer anteiligen Abdeckung von 35,7 % der Bevölkerung entspricht (Ministry Of Communications and Information Technology, MCIT: 2). Als die Proteste dann Ende 2010 anwuchsen, wurden die Reaktionen des Staates hinsichtlich der Internetzensur schärfer. Nachdem Twitter und Facebook geblockt worden waren, ordnete die ägyptische Regierung die Telekommunikationsanbieter kurzerhand an, die Abschaltung des gesamten ägyptischen Internets vorzunehmen, was dazu führte, dass 93 % der ägyptischen Internetadressen nicht mehr erreichbar waren (Stepanova 2011: 2). Zu den geblockten Seiten gehörten dabei sowohl Seiten der politischen Opposition, wie der Muslim-Bruderschaft, aber auch Medienportale, wie beispielsweise Al Jazeera, BBC Arabic und Al Arabiya (Freedom House 2012: 6). Im Hinblick auf Netzzensur wurden laut der Open Net Initiative von 2009 in Ägypten zu dieser Zeit keine bekannten Filtermechanismen verwendet (ONI 2009). Jedoch gibt es Hinweise, dass bereits 2009 ägyptische Blogger, die das Internet als Mittel für Online-Aktivismus nutzten, von der ägyptischen Regierung eingeschüchtert oder verhaftet wurden. Bis Anfang 2010 ließen die staatlichen Reglementierungen zur Kontrolle von Online-Diskussionsforen den Nutzern noch einige Freiheiten, dies änderte sich allerdings Ende 2010 (Freedom House 2012: 3). Nach Informationen der Organisation Freedom House hat sich der Freiheitsgrad des Internets in Ägypten sogar von 54 Punkten von 2010 auf 59 Punkte 2012 verschlechtert. Negativ auf die Anzahl der Punkte wirkte sich hier eine Zunahme der Verletzung von Nutzerrechten sowie Hindernisse im Internetzugang aus.

Um dem gesteigerten Medienaufkommen von Aktivisten während der Proteste Ende 2010 und Anfang 2011 entgegen zu wirken, nutzte das ägyptische Regime verschiedene Vorgehensweisen. Hierzu zählen zum Beispiel das Blocken von Medienseiten, die Trennung von Mobilverbindungen, die Verhaftung von Dissidenten, die Konfiszierung von Zeitungen und die Unterbrechung von Satellitensignalen bis hin zur Abschaltung des Internets. Auch ist von der Installation moderner Überwachungsmethoden die Rede, um Diskussionen verstärkt auch online zu überwachen und Aktivisten so aufspüren zu können. Trotz dieser harschen Reglementierungen und Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit kommen die Autoren des Arab Social Media Reports in ihrem Bericht 2010 zu der Feststellung, dass es zwischen dem Grad der Internetfreiheit im Ländervergleich keinen Zusammenhang mit dem Anteil der Facebook-Nutzer eines Landes gibt (Salem/Mourtada Racha 2011: 16).

Seit geraumer Zeit nutzen transnationale Akteure digitale Medienstrukturen, um sich global zu vernetzen. Die neuen Kommunikationsmittel überschreiten dabei nationale Grenzen und ermöglichen somit unter anderem die Solidarisierung zwischen Protestierenden verschiedener Länder (Cottle 2011: 654). Als Massenmedium hatte seit den 1990er Jahren zuletzt der arabische Fernsehsender Al Jazeera zur Veränderung der politischen Medienlandschaft beigetragen, indem er sich als Satellitensender dem Einfluss der informationellen Bestimmungen durch die ägyptische Regierungen entzog (Lynch 2011: 302). Die Kombination verschiedener Kommunikationsplattformen und -medien schafft ein komplexes soziotechnisches System „not only between social media and the more traditional media, but also between mediated and face-to-face networks“ (Lim 2012: 244). Erst so konnte sich ein „network of networks“ (Rane/Salem 2012: 98) bilden.

Diese Veränderungen in der ägyptischen Medienlandschaft führten während der letzten Jahre zu einem zunehmenden Wandel der politischen Kultur Ägyptens. Besonders Facebook wurde unter den politischen Jugendlichen schnell populär. Dem Arab Social Media Report

zufolge macht die Gruppe der 15 bis 29-Jährigen etwa 75 % der Facebook-Nutzer in der arabischen Region aus (Salem/Mourtada Racha 2011: 7). Steigende Bedeutung erhielt Facebook 2009 vor allem dadurch, dass es für Nutzer in arabischer Sprache verfügbar wurde: „For the first time in modern Egyptian history, political activists and others could have pointed, broad, and semipublic political discussions across vast social networks" (Tufekci/Wilson 2012: 4).

Im Dezember 2010 nutzten in den arabischen Ländern bereits rund 21 Millionen Menschen Facebook, noch im Januar 2010 waren es nur etwa 12 Millionen NutzerInnen gewesen, was einem Zuwachs von 78 % über einen Zeitraum von nur einem Jahr entspricht (Salem/Mourtada Racha 2011). Mit rund 4,7 Millionen Nutzern stellte Ägypten Ende 2010 mit umgerechnet 22 % den größten Anteil der Facebook-Nutzer in der arabischen Region dar. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung Ägyptens beträgt der Anteil der Facebook-Nutzer 2010 jedoch nur 5,49 %. Anzumerken ist, dass sich in den vergangen zwei Jahren die Zahl der Aktiven in dem sozialen Netzwerk im arabischen Raum auf 45 Millionen verdreifacht hat, so sind es in Ägypten seit Juni 2012 bereits etwa 11 Millionen (siehe Abb. 1, S. 32). Während im weltweiten Vergleich etwa gleich viele Männer und Frauen Facebook verwenden, sind es in der arabischen Region etwa doppelt so viele Männer wie Frauen.

Der „Arabische Frühling" als Prozess

Es ist wesentlich herauszustellen, dass den ägyptischen Protesten im Januar 2011 bereits eine Vielzahl verschiedener Proteste vorausgingen. Die Ursachen für diese Proteste könnten dabei in einem extrem schnellen sozialen Wandel bei gleichzeitiger politischer Repression gesehen werden (Harders 2011: 9). Dabei betraf die staatliche Repression in Ägypten nicht nur politische Gegner, sondern auch Bürger und Studierende. In der arabischen Welt wurde über den Zeitraum der letzten Jahre insgesamt ein Anstieg von Protesten, Streiks und Demonstrationen festgestellt, so ist die Entwicklung in den letzten zwei Jahren nicht als ein fundamentales Novum anzusehen (CEIP 2011: 1). Allein in der Zeit von 1998 bis 2004 kam es in Ägypten zu mehr als 1.000 Demonstrationen, 250 davon entfielen allein auf das Jahr 2004. Nach den Wahlen 2005 nahmen politische Proteste zunächst geringfügig ab, da die Protestgruppen nicht mehr glaubten, einen Wandel herbeiführen zu können.

Diese Beruhigung war allerdings nicht von Dauer, denn binnen Kurzem stieg die Anzahl der landesweiten Proteste, Demonstrationen und Streiks wieder. Während der Proteste in den Jahren 2006 und 2007 wurden erstmals auch Parolen laut, welche die Legitimität der Regierung infrage stellten. Zeitgleich nahmen die Proteste zu, bei denen vorrangig sozioökonomische Interessen im Vordergrund standen. So wurden mehr als 400 verschiedene Proteste beobachtet, an denen sich insgesamt zwischen 300.000 und 500.000 Arbeiter beteiligten. In Bezug auf die Größe und Beteiligung unterschiedlicher Gruppierungen stellt der Protest vom 6. April 2008 einen besonderen Meilenstein dar: Junge Aktivisten und Arbeitergruppen, eine große Anzahl verschiedener politischer oppositioneller Gruppierungen sowie politische Blogger, Universitätsprofessoren und Journalisten schlossen sich nun gegen das autoritäre Regime zusammen, die sogenannte „Kifaya"-Bewegung war geboren.

Die „Kifaya"-Bewegung: Ausgangspunkt des elektronischen Aktivismus

Auch wenn der Begriff der „Facebook-Revolution" ein spontanes Moment impliziert – politischen Online-Aktivismus gibt es in Ägypten bereits seit 2004 (Lim 2012: 232). Die Kifaya-Bewegung markierte die Geburtsstunde des elektronischen Aktivismus in Ägypten (kifaya bedeutet übersetzt etwa: „genug"). Sie gilt auch als erste Bewegung mit der ausdrücklichen Forderung zum Rücktritt des damaligen Präsidenten Hosni Mubarak. Dabei nutzten Intellektuelle verschiedener ideologischer Richtungen schon 2004 Blogs, um sich online zu koordinieren. Ziel der Kifaya-Bewegung war es, den Rücktritt Mubaraks durch friedliche Straßenproteste herbeizuführen (Lynch 2011: 304). Die

Kifaya-Bewegung begründet zugleich den Beginn der politischen Blogosphäre in Ägypten. In Blogs konnten die Aktivisten und Aktivistinnen Menschen einerseits beraten und andererseits mobilisieren. Auf diese Weise versuchten sie, ein Gegengewicht zu den staatlich gelenkten Massenmedien zu schaffen (Lim 2012: 237). Allerdings konnte sich die Bewegung nicht ausreichend Resonanz schaffen und erreichte so das Zentrum der Gesellschaft nicht. Die Teilnehmer der Proteste vom 6. April 2008 forderten nicht nur sozioökonomische Reformen, sondern traten auch für einen grundlegenden politischen Wandel ein, diese Forderungen hatten bei den vorherigen Protesten weniger im Vordergrund gestanden. Die Proteste verebbten nach dem 6. April 2008 jedoch und eine Wiederbelebung im folgenden Jahr sowie im Jahr 2010 war nicht erfolgreich, obwohl die Bewegung mittlerweile nach eigenen Angaben rund 100.000 Online-Mitglieder besaß (CEIP 2011: 3). Auch bei den Protesten 2008 wurde Facebook eingesetzt, um den Protest online zu organisieren (Lim 2012).

Auf Facebook wurde vor allem versucht, die bereits 2004 gestarteten Arbeiterproteste auszuweiten. Diese Protestformen dienten im weiteren Verlauf als eine der wichtigsten Anlaufstellen der Anti-Mubarak-Bewegung. Die Bewegung unter der Führung von Ahmad Maher ging zum Teil aus der Kifaya-Jugendbewegung hervor und nutzte neben Blogs auch die Fotocommunity Flickr, das Videoportal YouTube, E-Mails und SMS. 2009 besaß die zugehörige Facebook-Gruppe bereits 70.000 Mitglieder. Eine große Anzahl, wenn man bedenkt, dass Facebook in Ägypten zu dieser Zeit nur rund 900.000 Nutzer hatte. Facebook ermöglichte den Aktivisten Interaktionen mit einer größeren Anzahl von Teilnehmern. Es lässt sich jedoch mit Anderson (2011) argumentieren, dass weniger inhaltliche Auseinandersetzungen mit den Themen der Protestgruppen motivierend wirkten, als es vor allem die Diffusion war, die sich über Facebook manifestierte: „The Egyptian Facebook campaigners are the modern incarnation of Arab nationalist networks whose broadsheets disseminated strategies for civil disobedience throughout the region in the years after World War I“ (Anderson 2011: 2).

Anders als die Gruppe „We are all Khaled Said“, deren Wirkungsweise weiter unten ausführlich beschrieben wird, konnte die Facebook-Gruppe der Bewegung des 6. Aprils den Online-Protest nicht in größere politische Offline-Proteste umsetzen. Als Grund für das Scheitern der Protestbemühungen bis Mitte 2010 wird in der Hauptsache die fehlende Verbindung zwischen den verschiedenen Protestgruppen gesehen (CEIP 2011: 3f). Erst die Gründung der Facebook-Gruppe „We are all Khaled Said“ sorgte für ein breites Interesse auf nationaler, aber auch besonders auf internationaler Ebene.

Facebook, Blogs & Al Jazeera

Facebook und Blogs bieten in einem Raum mit maßgeblich staatlich zensierter Presse die Möglichkeit, eine Öffentlichkeit zu schaffen, welche die kritische Dokumentation und Diskussion von politischen Konflikten erlaubt. Ein Verständnis dafür entwickeln auch die jeweiligen Machthaber – die vielen Blogger und Facebook-Nutzer in Ägypten blieben nicht unbeobachtet. Nicht nur die Gefährdung der Aktivisten muss als Einschränkung der Internetfreiheit angesehen werden, sondern auch die gezielte Meinungsmache im Netz selbst. So beauftragte die ägyptische Regierung eigene Mitarbeiter, um über die Teilnahme an Online-Diskussionen Einfluss auf die Netzszene zu nehmen (Freedom House 2012: 1).

Nicht unterschätzt werden sollten auch die Traditionsmedien wie Radio oder Fernsehen. Hier spielen auch nicht-ägyptische Massenmedien wie der Fernsehsender Al Jazeera, der amerikanische Nachrichtensender CNN oder der britischen BBC eine wichtige Rolle (Rane/Salem 2012: 101). Besonders Al Jazeera kam während der Demonstrationen eine doppelte Funktion zu – sowohl als lokales Informationsmedium für die Protestierenden als auch als internationale Informationsplattform für die Weltöffentlichkeit. Die Fernsehbilder waren vor allem für diejenigen, für die Social Media noch keinen großen Stellenwert im Nachrichtenmix hatten, eine zentrale Informationsquelle und sorgten zudem dafür, dass die internationale Gemeinschaft von den Protesten Notiz nahm. Die vielen

Bilder und Videos von Augenzeugen implizieren eine journalistisch fundierte Authentizität: „New social media and satellite television together offer powerful tools to protest organizers, reducing transaction costs for organization and presenting rapid and powerful channels for the dissemination of messages, images, and frames. In particular, they offer transmission routes for reaching international audiences and influencing foreign perceptions of stability or of the normative desirability of particular regimes“ (Lynch 2011: 302).

Im Zusammenhang mit Facebook kommt der Augenzeugenschaft der Protestierenden eine hohe Bedeutung zu. Mit Handykameras fangen sie Bilder der Proteste ein, zusätzlich zu den Reportagen ausländischer Sender entsteht somit eine von der Masse der Protestierenden hergestellte Gegenöffentlichkeit. Bilder und Videos der Proteste werden zudem zu einem wichtigen Mittel, um im In- und Ausland für Unterstützung zu werben: „The camera is my weapon“ (Daily Kos 2011).

Khaled Said – Symbolfigur des Widerstands

Vergleichbar mit der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi in Tunesien lässt sich in Ägypten die Ermordung des jungen Bloggers Khaled Said im Juni 2010 als Kulminationspunkt und Symbol der Unterdrückung herausstellen. Khaled Said berichtete in seinem Blog über die Beobachtung von illegalen Transaktionen der Polizei und Verwicklungen selbiger in den Drogenhandel (Daily Kos 2011), er wurde bedroht und schließlich auf offener Straße ermordet. Khaled Saids Kritik am System Mubaraks stand stellvertretend für die Entlarvung einer korrupten Gesellschaft, in der bürgerliche Rechte massiv eingeschränkt und Redefreiheit nicht existent war. Seine Ermordung führte in der Folge im Juni 2010 zur Gründung der Facebook-Gruppe „We are all Khaled Said“ (Lim 2012: 241). Diese Facebook-Gruppe kommunizierte zuerst in arabischer Sprache und wurde von Wael Ghonim, einem ägyptischen Marketing-Direktor von Google gegründet und lange betreut, bevor sie dann auch auf Englisch erschien. Innerhalb kürzester Zeit gewannen beide Facebook-Gruppen eine hohe Zahl an Anhängern und fungierten als Stimme von Regimekritikern. Am Tag des Rücktritts Hosni Mubaraks hatte die arabische Facebook-Gruppe „We are all Khaled Said“ etwa 1,2 Millionen, die englische etwa 100.000 Anhänger (Rane/Salem 2012: 104). Über Facebook wurden Bilder des ermordeten Khaled Said verbreitet, die unter anderem sein durch Gewalteinwirkung entstelltes Gesicht zeigten (Lim 2012: 240). Diese Facebook-Gruppe schaffte es durch die expliziten Informationen, die auch offline weiter gegeben wurden, die unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppierungen zu einen. Dabei spielte die Bewegung vom 6. April bei den Protesten am 25. Januar 2012 ebenfalls eine wichtige Rolle, indem sie über E-Mails, Blogs und Twitter – hier unter der Nutzung des Hashtags „#Jan25th“ (oder auch „#Jan25“) – Menschen für die Demonstrationen mobilisierte. Social Media Plattformen wie Facebook ermöglichten es den Aktivisten, dabei auch über große Entfernung Kontakt zu halten – und dies auch transnational (Rane/Salem 2012: 99).

Diese transnationale Strategie dürfte eine der zentralen neuen Formen von digitalen Protestrategien sein – „local goes global“ heißt nichts anderes, als dass über das globale Netzwerk Facebook auch globale reale Aktivitäten steuerbar sind. Dies wird besonders in der Dynamik nach dem 25. Januar 2011 deutlich, der ersten Massendemonstration auf dem Tahrir-Platz, die zu weltweiten Solidarisierungen und Unterstützungsdemonstrationen führte.

„Local goes global“ – der Tahrir-Platz wird zur Weltbühne des Widerstandes

In Ägypten spitzte sich die Situation im Januar 2011 zusehends zu und auch auf Facebook wurde immer neue Gräueltaten publiziert, beispielsweise zum Tod des zu Unrecht festgehaltenen und zu Tode gefolterten ägyptischen Familienvaters Elsayed Belal. Auf Facebook findet sich der Beschluss, am 25. Januar eine zentrale Demonstration zu organisieren, wobei die Mobilisierung auf Facebook täglich intensiviert wird (siehe Abb. 2).

Abbildung 2: Organisation und Mobilisierung auf Facebook

Zu den Höhepunkten der Proteste, am 25. Januar 2011, treffen in immer kürzeren Abständen Posts auf der Facebook-Seite ein – zeitweise fast minütlich. Die Protestierenden besetzen den Tahrir-Platz, was der Administrator (kurz: Admin) der Facebook-Gruppe ebenfalls mit einem Post kommentiert. Als verschiedene Telekommunikationsanbieter in Ägypten das Internet abschalten, bemerkt er: „Shame on them… What a disgrace of these companies obeying the government?". Doch der Admin motiviert die Anhänger der Facebook-Gruppe weiter zu machen: „With Twitter blocked by TEData and Vodafone Egypt, we are not getting information from organizers in Qina, Mahalla, Arish and Aswan. We know that there are thousands of people protesting there". Kurze Zeit danach wird auch auf dem Tahrir-Platz das Mobilfunknetz abgeschalteten. Mittlerweile hat sich jedoch eine große Menschenmenge auf und um den Tahrir-Platz herum versammelt. Weitere Nachrichten, u. a. Online-Videos, animieren die Protestierenden auszuharren, indem sie eine länderübergreifende Solidarität mit den Protestierenden verdeutlichen: „Just got a message from Egyptians in Sinai: Don't return home from Tahrir except with your freedom with you". Als das Internet teilweise blockiert ist, bittet der Admin, Mittel und Wege zu finden, mehr Personen zum Protestieren zu bewegen, sieht aber gleichzeitig die Gefährdung der Protestbewegung durch das Abschalten der internationalen Internetverbindungen. Deshalb appelliert er an die Facebook-Freunde, die Botschaft mit aller Vehemenz weiterzuverbreiten und betont darin die Wirkkraft durch die Distribution von Informationen durch Social Media: „Plz Plz comment and like on every post to spread the word. We need all your friends to see and know about Egypt's uprising as this is the only way to stop Egyptian government from killing protesters. They are only scared from International media and world governments. They don't want scandals. They won't kill protesters if the World stood next to us". Zu diesem Zeitpunkt dient die Facebook-Gruppe bereits als zentrales Element der Proteste – als Kampagnenplattform.

Längst berichten internationale Medien über die Proteste in Ägypten. In den folgenden Tagen postet der Admin verstärkt Informationen über ähnliche Proteste in anderen Ländern, bittet die Facebook-Nutzer um die Mithilfe bei der Verifizierung von lückenhaften Informationen oder stellt politische Forderungen an die Regierung.

Diese Strategie, sich durch die globale Sichtbarkeit in den Social Media ein Stück Sicherheit und Unterstützung zu organisieren, ist eine

Abbildung 3: Weltweite Solidaritätsbekundungen auf der Facebook-Seite

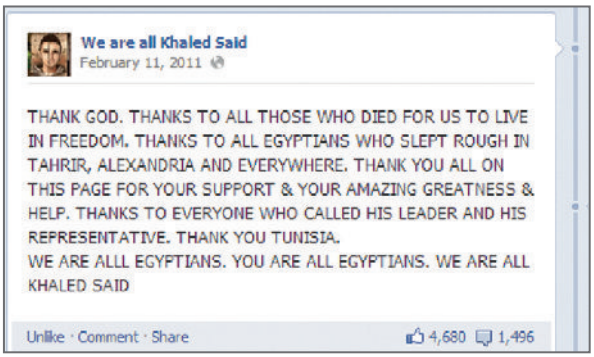
Form der globalen „Watchdogfunktion", die hier von Facebook übernommen wird. Beeindruckend viele Menschen aus der ganzen Welt senden am 25. Januar Unterstützungsposts direkt auf den Tahrir-Platz (siehe Abb. 3).

Ebenso relevant ist jedoch auch die Internationalisierung des Protestes selbst. So lassen sich auf Facebook Dutzende von Posts finden, die zur Teilnahme an Demonstrationen vor ägyptischen Botschaften in anderen Ländern aufrufen. Durch seine präzisen Ortsangaben und Hintergrundinformationen etabliert sich der Administrator der Facebook-Gruppe in den folgenden Protesttagen als Moderator und Verstärker. In kurzen Abständen veröffentlicht er Nachrichten zur Rezeption der Proteste in den internationalen Medien und über die politischen Entwicklungen in Ägypten.

Der große Erfolg dieser Mobilisierung bleibt natürlich auch den Machthabern nicht verborgen – am 28. Januar 2011 kommt es zur Abschaltung des gesamten Internets, die auf der Facebook-Seite wie folgt kommentiert wird: „Internet is down in Egypt. There is one or two ways left to connect to the World. I won't disclose what they are in case Egyptian government finds out. Landlines are back working now in Egypt. Techie Activists are looking at broadcasting long wave radio broadcasts out of Egypt to update the world" (WAAKS, 28.1.2011).

Aktiv versucht der Administrator die vom Regime gesteuerte Aktionen aufzudecken. Am 8. Februar berichtet er von der Besetzung des ägyptischen Parlamentsgebäudes: „Protesters now are also camping outside the Egyptian Parliament and have put up a sign on the Parliament enterance saying: „Closed until regime changes". Protesters now fully occupy Tahrir square as well as the paliament street & enternace" (WAAKS, 8.2.2011).

Abbildung 4: Ein Post des Admins vom 11. Februar 2011

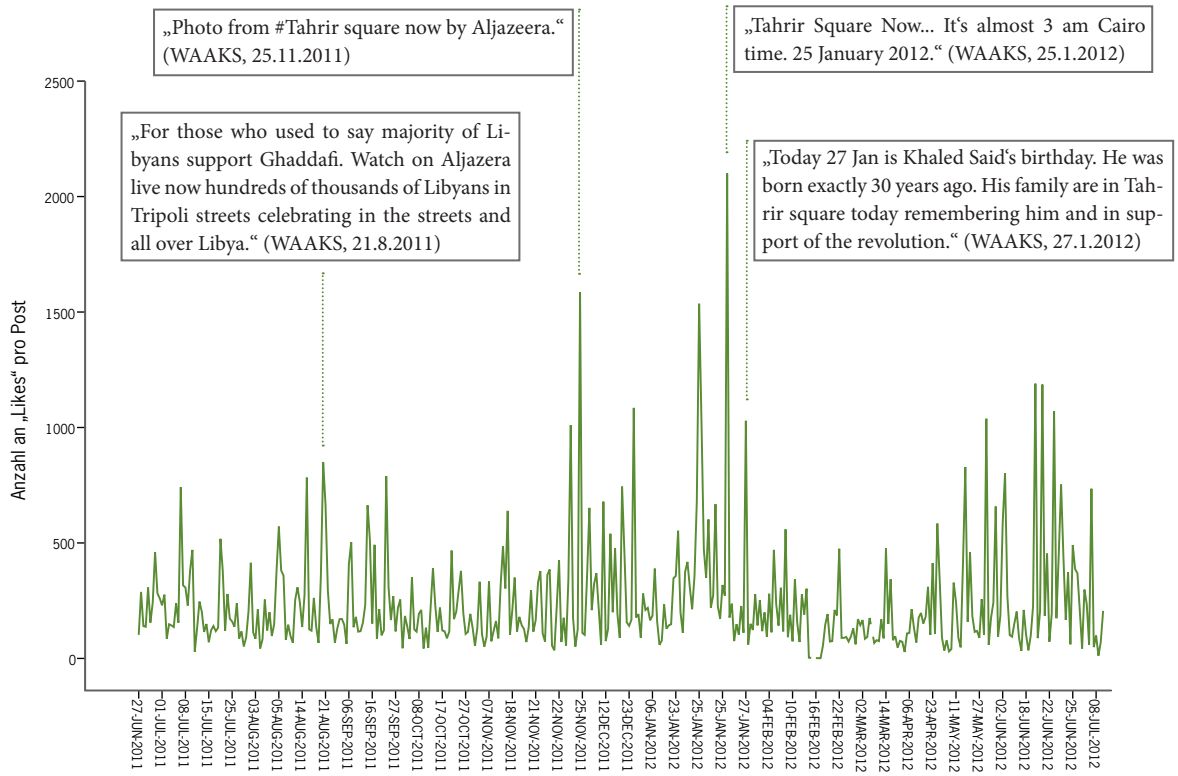


Als Hosni Mubarak letztlich am 11. Februar 2011 zurücktritt, „liken" mehr als 4.000 Nutzer die Nachricht auf Facebook (siehe Abb. 4). Alsbald weist der Administrator nun auf seine veränderte Rolle hin: „Just back from celeberations in the street. My voice is completely gone from shouting & chanting. It's an incredible day in Egyptians life. Incredible day in Egypt's history. We will build a new Egypt. A new fair, free & just Egypt for all. I can feel bit change in how Egyptians are dealing with eachother with care & love. You ALL really have to seriously consider visiting Egypt very soon. Revolution tourism" (WAAKS, 11.2.2011). Es geht nun nicht mehr um die Befreiung und die Koordination von der Diktatur – sondern um den Wiederaufbau Ägyptens.

Rückmeldungen werden auf Facebook kontinuierlich über die an den Post angeschlossene Möglichkeit der Kommentierung öffentlich. Während der Anfänge der Facebook-Gruppe beziehen sich die Kommentare selten aufeinander, später jedoch werden auch Diskussionen geführt.

Analysiert man die Form der Kommunikation auf der „We are all Khaled Said"-Seite genauer, so lassen sich einige interessante Aspekte feststellen. Im Zeitraum vom 27. Juni 2011 bis zum 9. Juli 2012 wurden alle Posts des Autors der Gruppe „We are all Khaled Said" sowie alle Kommentare auf die Posts ausgewertet; insgesamt 20.837 Posts und Kommentare. Von den eindeutig aufgrund des Namens identifizierbaren Kommentatoren sind demnach etwa 41 % (3.355 Nutzer) weiblich und 54 % (4.429 Nutzer) männlich. Dies ist insofern aufschlussreich, als nach dem Arab Social Media Report etwa zwei Drittel der Facebook-Nutzer in der Region des Nahen Ostens männlich sind. Hier nun ergibt sich ein ausgewogeneres Bild, da ganz offensichtlich auch viele Frauen die Möglichkeit nutzten, auf Facebook ihre Meinung zu äußern. Die Facebook-Gruppe war auch nach dem 25. Januar 2011 weiterhin sehr aktiv. Die Anzahl der „Likes" veranschaulicht, an welchen Zeitpunkten sich Nutzer mit der Gruppe solidarisieren, beispielsweise indem sie einen Post des Administrators „liken" (siehe Abb. 5). Ein am 21. August 2011 verfasster Post bekundet z. B.

Abbildung 5: Anzahl der „Likes“ im Zeitverlauf



Solidarität für die Proteste in Syrien. Über 2.000 Facebook-Nutzer liken am 25. Januar 2012, ein Jahr nach den großen Massenprotesten auf dem Tahrir-Platz, den Post des Administrators. Am 27. Januar 2012 gedenkt die Facebook-Gruppe dem Tod des Mannes, dem sie ihren Namen schuldet und der an diesem Tag 30 Jahre alt geworden wäre: Khaled Said.

Die Facebook-Gruppe „We are all Khaled Said“ findet im November 2012 auch bei den Protesten in Syrien Nachahmung. Die Facebook-Gruppe „We are all Hamza Alkhateeb“ (www.facebook.com/hamza.alshaheeed) wurde am 28. Mai 2011 gegründet und bezieht sich auf den Tod des 13-jährigen Hamza Ali al-Khateeb, der während friedlicher Proteste im Mai 2011 in der Stadt Deraa von syrischen Sicherheitskräften getötet wurde. Immer neues Videomaterial zeigt auf YouTube Szenen und Bilder von Protesten und Opfern in Syrien, die unter anderem auch von dem Fernsehsender Al Jazeera verwendet werden (Hazelton 2012). Hamza Ali al-Khateeb wird schon jetzt als ein Symbol der syrischen Aufstände gesehen.

Was ägyptische Medien während der Revolution berichteten

Informationen über die Proteste waren allerdings nicht ausschließlich über Facebook und Twitter verfügbar – natürlich berichteten auch die verschiedenen ägyptischen Zeitungen über die politischen Ereignisse im eigenen Land. In diesem Zusammenhang ist es interessant, die Informationspolitik in Ägypten während der Revolution zu betrachten.

In einer repräsentativen Inhaltsanalyse verschiedener arabischsprachiger Informationsangebote, wie Zeitungen, Blogs und weiteren Social Media, stellen Hamdy und Gomaa bedeutende Unterschiede in der medialen Rahmung der Ereignisse fest. Während staatlich beeinflusste Zeitungen wie Al-Ahram, Al-Akhbar oder Al-Messa die Aufstände eher als einen Konflikt darstellten, um die Protestbewegung als zerstörerische, rebellische Kräfte erscheinen zu lassen, versuchten unabhängige Zeitungen wie Al-Shorouk oder Al-Youm-Al-Sabee aus Angst vor staatlicher Zensur, den Konflikt

zu Beginn objektiver zu beschreiben (Hamdy/Gomaa 2012: 199). Als die Proteste andauerten, äußerten sie ihre Unterstützung für die Aufstände dagegen eindeutig. Die untersuchten Posts der Facebook-Gruppe „We are all Khaled Said“ und andere Social Media-Posts hingegen betonten hauptsächlich das Leid und die Ängste der Menschen sowie die Verantwortung der Polizei für die Gewalttaten. Auch wenn es um die Beschreibung und die Gründe für die Proteste ging, unterrichteten die Medien stark unterschiedlich.

In den staatlichen Zeitungen wurden die Proteste in der Hauptsache als Verschwörung gesehen, in unabhängigen Zeitungen und in Social Media-Posts wurden sie hingegen als Revolution beschrieben. Als Gründe für Unruhen und Proteste führten die staatlichen Zeitungen vorrangig ausländischen Einfluss und politische Gruppen an, während unabhängige Zeitungen Korruption, Ungerechtigkeit, Diktatur und Arbeitslosigkeit hervorhoben.

Auf Facebook hingegen wurden Diktatur, Korruption und Ungerechtigkeit als häufigste Gründe identifiziert. Entsprechend der Ausrichtungen der untersuchten Medien fielen auch die Vorschläge der jeweiligen Journalisten aus, wie die Proteste und die Revolution am ehesten beizulegen seien. Während die staatlichen Zeitungen sich dafür einsetzten, dass Hosni Mubarak im Amt bliebe, um die staatliche Ordnung wieder herzustellen, forderten unabhängige Zeitungen mehr Bürgerrechte und politische Beteiligung.

In Social Media-Nachrichten setzten sich die Menschen für den Rücktritt Mubaraks sowie ein Ende der Überwachung von Kommunikation durch den ägyptischen Staatsschutz ein. Hamdy und Gomaa stellen abschließend fest, dass die verschiedenen Social Media durch die Rolle, die sie während der Revolution gespielt haben, beträchtlich an Glaubwürdigkeit gewonnen haben und die politische Transformation Ägyptens sicherlich auch weiterhin begleiten werden.

Die arabische Revolution – eine „Facebook-Revolution“?

Zurecht ist von den Aktivisten des „Arabischen Frühlings“ vielfach kritisch darauf hingewiesen worden, dass ein Medium keine Revolution macht – sondern es die Menschen sind. Aus diesem Grund sollte es bei der Analyse der Revolutionen im Nahen Osten nicht vorrangig um die Funktion neuer Kommunikationsplattformen gehen, sondern vielmehr um die Frage nach deren funktionaler Einbettung in die politischen Wandlungsprozesse und Aktionen.

Trotz verschiedener Einschränkungen sollte aber die Macht der Netzmedien nicht unterschätzt werden. Denn wie gezeigt, wird im Rahmen der verschiedenen Proteste im Nahen Osten vor allem Social Media die Möglichkeit zugesprochen, neue kollektive Partizipationsmöglichen zu schaffen und somit autoritäre politische Systeme angreifbar zu machen (Tufekci/Wilson 2012: 3, Lynch 2011: 305).

Eine etwa zwei Wochen nach dem Rücktritt des ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak auf dem Tahrir-Platz durchgeführte Studie verdeutlicht diese Ansicht. Die Studie konnte zeigen, dass Twitter die Ausweitung inländischer Diskurse auf ausländische Nachrichtenmedien ermöglichte. Social Media gestatteten dabei die Verknüpfung von Nachrichtenübermittlung und Dokumentation, politischer Partizipation und kollektiven Handlungen. Der Studie nach hörten zwar 48 % durch persönli-

che Gespräche von den Protesten, ganze 28,3 % der Befragten hatten von den Demonstrationen allerdings zum ersten Mal über Facebook erfahren und etwa 46 % der Protestteilnehmer teilten Informationen über die Demonstrationen via Facebook mit anderen Nutzern. Twitter wurde hauptsächlich zur Kommunikation während der Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz verwendet.

Nutzten die Befragten Twitter und Blogs um sich zu informieren und zu kommunizieren, erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit, dass die Befragten am ersten Tag an den Protesten teilnahmen, wohingegen die Nutzung traditioneller Medien, wie Satellitenfernsehen, eine geringere Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an den Protesten ergab.

Zentral bei der Analyse der Social Media-Nutzung als Partizipationstool ist eine Leitfrage, die gleichermaßen für andere Länder (siehe hierzu die Kapitel zu Deutschland und China) relevant ist: Wie können diese Plattformen die Entwicklung von Bürgerpartizipation und Zivilgesellschaft unterstützen? Oder mit Lynch (2011): „[…] the strongest case for the fundamentally transformative effects of the new media may lie in the general emergence of a public sphere capable of eroding the ability of states to monopolize information and argument, of pushing for transparency and accountability, and of facilitating new networks across society" (Lynch 2011: 307).

Feststellen lässt sich, dass neue Kommunikationsformen dabei als wichtige Beschleuniger für einen kontinuierlichen Wandel der demokratischen Entwicklung der Staaten, Zivilgesellschaften und der Öffentlichkeit der Länder dienen – nicht nur im Nahen Osten (Cottle 2011: 657). Mit den gemeinsamen Anstrengungen der Menschen, politische Teilhabe in der Bevölkerung durchzusetzen und institutionell zu verankern, können Social Media wie Facebook die Schaffung einer diskursiven öffentlichen Sphäre begünstigen, die einen politischen Wandel initiiert und kontinuierlich unterstützt. Wie an dem Fallbeispiel Ägyptens ersichtlich, dienen diese Onlineplattformen als Kampagneninstrumente auf lokaler und globaler Ebene und können, wie an dem chinesischen Fallbeispiel noch verdeutlicht werden wird, schon allein aufgrund ihrer massenhaften Aktivitäten die Kontrolle eines mächtigen Staates unterlaufen.

Literatur

Ajami, Fouad (2012): The Arab Spring at One. A Year of Living Dangerously. In: Foreign Affairs (56), S. 56–65.

Anderson, Lisa (2011): Demystifying the Arab Spring. Parsing the Differences between Tunisia, Egypt, and Libya. In: Foreign Affairs. Online verfügbar unter http://www.ssrresourcecentre.org/wp-content/uploads/2011/06/Anderson-Demystifying-the-Arab-Spring.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Asseburg, Muriel (2011): Zur Anatomie der arabischen Proteste und Aufstände. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 61 (39), S. 3–9. Online verfügbar unter http://www.bpb.de/system/files/pdf/6XFUR3.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

CEIP (2011): Protest Movements and Political Change in the Arab World. Unter Mitarbeit von Marina Ottaway/Amr Hamzawy. Hg. v. Carnegie Endowment for International Peace. Carnegie Endowment for International Peace. Online verfügbar unter http://edoc.bibliothek.uni-halle.de/servlets/MCRFileNodeServlet/HALCoRe_derivate_00004912/CEIP_OttawayHamzawy_Outlook_Jan11_ProtestMovements.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Cottle, S. (2011): Media and the Arab uprisings of 2011: Research notes. In: Journalism 12 (5), S. 647–659.

Daily Kos (2011): History of the Revolution on Facebook. Online verfügbar unter http://www.dailykos.com/story/2011/02/17/946150/-History-of-the-Revolution-on-Facebook, zuletzt aktualisiert am 17.02.2011, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Diamond, Larry (2010): Liberation Technology. In: Journal of Democracy 21 (3), S. 69–83.

Etling, Bruce/Faris, Robert/Palfrey, John G. (2010): Political Change in the Digital Age. The Fragility and Promise of Online Organizing. Berkman Center Research Publication No. 2010-15. Online verfügbar unter http://ssrn.com/abstract=1871316, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Facebook „We are all Khaled Said" (WAAKS), https://www.facebook.com/elshaheeed.co.uk, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Freedom House (2012): Freedom on the Net 2012 (Egypt). Online verfügbar unter http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Egypt%202012.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Hamdy, Naila/Gomaa, Ehab H. (2012): Framing the Egyptian Uprising in Arabic Language Newspapers and Social Media. In: Journal of Communication 62 (2), S. 195–211.

Harders, Cilja (2011): Neue Proteste, alte Krisen: Ende des autoritären Staatsvertrags. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 61 (39), S. 9–15. Online verfügbar unter http://www.bpb.de/system/files/pdf/6XFUR3.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Hazelton, Liz (2012): Torture of the child martyr: ‚Rebel', 13, shot, kneecapped and had genitals removed before being killed by Syria's sadistic regime. Hg. v. DailyMail Online. Online verfügbar unter http://www.dailymail.co.uk/news/article-1392684/Hamza-Ali-al-Khateeb-child-martyr-tortured-death-Syrias-sadistic-regime.html, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Lim, Merlyna (2012): Clicks, Cabs, and Coffee Houses: Social Media and Oppositional Movements in Egypt, 2004-2011. In: Journal of Communication 62 (2), S. 231–248.

Lynch, Marc (2011): After Egypt: The Limits and Promise of Online Challenges to the Authoritarian Arab State. In: Persp on Pol 9 (02), S. 301–310. Online verfügbar unter http://www.marclynch.com/wp-content/uploads/2011/06/download-Lynch-article.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Ministry Of Communications and Information Technology (MCIT) (Hg.): ICT Indicators Report. 2007-2011. Online verfügbar unter http://www.mcit.gov.eg/Upcont/Documents/Publications_1382012000_Indicator%20E%202012-final2.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Morozov, Evgeny (2011): The net delusion. How not to liberate the world. London: Allen Lane.

ONI (2009): Egypt. Hg. v. OpenNet Initiative. Online verfügbar unter http://opennet.net/research/profiles/egypt, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Rane, Halim/Salem, Sumra (2012): Social media, social movements and the diffusion of ideas in the Arab uprisings. In: Journal of International Communication 18 (1), S. 97–111.

Salem, Fadi/Mourtada Racha (2011): Arab Social Media Report (Vol. 1, No. 1). Dubai School of Government. Dubai. Online verfügbar unter http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/dsg/unpan044212.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Salem, Fadi/Mourtada, Racha (2012): Arab Social Media Report (Vol. 2, No. 1). Dubai School of Government. Dubai. Online verfügbar unter http://dsg.ae/Portals/Pdfs/ASMR%204%20updated%2029%2008%2012.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Stepanova, Ekaterina (2011): The Role of Information Communication Technologies in the "Arab Spring". IMPLICATIONS BEYOND THE REGION. In: PONARS Eurasia Policy Memo (159). Online verfügbar unter http://www.gwu.edu/~ieresgwu/assets/docs/ponars/pepm_159.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Tufekci, Zeynep/Wilson, Christopher (2012): Social Media and the Decision to Participate in Political Protest: Observations From Tahrir Square. In: Journal of Communication 62 (2), S. 363–379.

Abbildungen

Abbildung 2, 3 & 4: www.facebook.com/elshaheeed.co.uk (Zuletzt geprüft am 26.11.2012)

Netzbürger in China – neue Optionen für politische Partizipation?

Die Bedeutung des Internets für die chinesische Zivilgesellschaft ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. Insgesamt gibt es in China mittlerweile weit über 513 Millionen Internetnutzer, 38,3 % der Chinesen besitzen somit Zugang zum Internet (CNNIC 2012: 13). Dabei nutzen 72,9 % der 20-29-jährigen und 69,4 % der 10-19-jährigen das Internet, wobei besonders die Hochschulabsolventen fast vollständig vernetzt sind. Wie ungleich die Zugänge allerdings verteilt sind, verdeutlicht die Zahl der weniger gebildeten Nutzer – nur 8,5 % der Chinesen mit Volksschulbildung haben Netzzugang. Entsprechend ist auch die räumliche Zuordnung der Nutzergruppen – der Großteil der Internetnutzer wohnt in der Stadt, lediglich ein Viertel kommt aus ländlichen Gebieten.

Diejenigen aber, die online sind, sind es häufig und lange, so verbringt ein chinesischer Internetnutzer etwa 18,7 Stunden pro Woche im Internet. In Bezug auf ihre Nutzerkulturen unterscheiden sich die Chinesen von den europäischen Onlinern besonders in einem Punkt – sie nutzen Mikroblogging deutlich intensiver. So konnte Sina Weibo, das chinesische Pendant zu Twitter, einen enormen Zuwachs aufweisen. Allein 2011 ist die Zahl der Mikrobloggingnutzer um 296,6 % auf 249,77 Millionen gestiegen. Zusätzlich nutzen etwa 144,69 Millionen Chinesen Diskussionsforen und Kurzbotschaften für private, häufig aber auch für öffentliche Anliegen. Chinesische Onliner setzen häufiger interaktive Kommunikationsplattformen ein, um sich über Ereignisse auszutauschen, während E-Mail-Kommunikation und Diskussionsforen eher rückläufig sind.

Es ist nicht nur die große Anzahl der Netzbürger sondern auch ihr Bildungshintergrund und sozialer Status, der den zunehmenden Einfluss der Onliner begründet. Netizens auf Sina Weibo sind häufig wohlhabend, gebildet, jung, männlich und leben entlang der chinesischen Küstenlinie (Zhang/Shaw 2012: 3), viele von ihnen sind Studenten. Chinesische Netizens werden als eine Klasse neuer Meinungsführer beschrieben, die als treibende Kraft auf die chinesische Gesellschaft einwirkt, so Qiang (2011: 59).

Aber nicht nur einzelne Bürger, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NRO) oder Umweltschutzgruppierungen wie „Greener Bejing“ nutzen das Internet in China bereits seit geraumer Zeit, um Einfluss auf den öffentlichen Diskurs zu nehmen oder Mitglieder zu rekrutieren. Durch diese virtuellen Gemeinschaften entstehen unter anderem transnationale Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure (Yang 2003: 469).

Von Weblogs und Diskussionsforen zu Mikroblogs

Dem aktuellen Erfolg des Mikrobloggingdienstes Sina Weibo ging eine lange Entwicklung technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen voraus. Das weltweit erfolgreiche Äquivalent zu Sina Weibo – Twitter – ist in China seit Juli 2009 geblockt (MacKinnon 2011: 32). Vor allem deshalb steigen seit Juli 2009 die Nutzerzahlen des chinesischen Mikrobloggingdienstes rapide. Allein Ende 2009 zählte die chinesische Internetbehörde China Internet Net-

work Information Center (CNNIC) in China 221 Millionen Weblogs (Qiang 2011: 49). Auch wenn im letzten Jahr die Nutzung von Blogs zurückging, hat China die weltweit größte Gemeinde an aktiven Bloggern. Und diese äußern sich in ihren Blogs auch bedeutend zu politischen Themen (Hassid 2012: 213).

Weblogs übernehmen dabei hauptsächlich zwei Funktionen. Erstens können sie Themen in die Öffentlichkeit bringen und forcieren, die staatliche Medien nicht behandeln, dazu gehören häufig z. B. religiöse oder kulturpolitische Themen. Zweitens können Blogs aber auch als eine Form des „Whistleblowing" dienen und auf Missstände hinweisen. In Xiamen, einer Stadt in der Provinz Fujian, machte schon 2007 der Blogger Lian Yue auf die potenziellen negativen Auswirkungen des Baus einer Chemiefabrik auf die umgebende Landschaft und Natur aufmerksam (Qiang 2011: 48). Durch ihn erreichte das Thema einen höheren Bekanntheitsgrad in Politik und Medien.

Es ist aber besonders das schnelle und ubiquitäre Sina Weibo, das in den letzen Jahren in seiner Funktion als Watchdog, Augenzeuge und sogar als politische Plattform auch im Westen Beachtung erfahren hat. Um die genannten Funktionen des häufig auch mobil genutzten Mikrobloggingsystems zu erläutern, lässt sich eine Vielzahl von Beispielen anführen, die nachstehend an einigen konkreten Vorfällen genauer verdeutlicht werden sollen.

Mikroblogging in China

Mikroblogging ist in China mittlerweile eine der populärsten Nutzungsweisen des Internets. Allein der Mikrobloggingdienst Sina Weibo besitzt rund 300 Millionen registrierte Nutzer (TNW 2012). Die Sina Corporation ist ein chinesisches Unternehmen, dass unter anderem das Portal SINA.com, das mobile Portal SINA.cn und die Mikrobloggingplattform Weibo.com betreibt (Sina.com.cn). Bereits 2007 unterschrieben verschiedene chinesische Kommunikationsdienste wie Sina, Netease oder MSN China eine Erklärung, in der sie sich dazu verpflichteten, staatliche Gesetze zu befolgen, aber auch Nutzer dazu zu animieren, sich zukünftig mit ihrem Klarnamen anzumelden (ONI 2012: 281). Berücksichtigt man alle Nutzer der unterschiedlichen Mikrobloggingplattformen in China, so haben Ende 2011 insgesamt etwa 50 % aller Internetnutzer in China in einem sozialen Netzwerk partizipiert (Zhang/Shaw 2012: 2). Mit der Anzahl der User von Mikrobloggingdiensten steigt die Nutzung chinesischer Foto- und Videoplattformen, wie beispielsweise Youku oder Tudou, welche den Nutzern vielseitige mediale Artikulationsmöglichkeiten bieten.

Die Online-Diskussionen der mehrere Millionen starken Nutzerschaft der Mikroblogs beschränkt sich indes nicht nur auf Themen, die von der chinesischen Regierung geduldet sind. Neben Themen wie Umwelt, Energie oder Korruption stellen auch politisch unerwünschte Ereignisse, wie zum Beispiel die Niederschlagung des Aufstandes auf dem Platz des himmlischen Friedens am 4. Juni 1989, eine weitere Seite der Online-Diskussionen dar. Informationen zum Tian'anmen-Massaker sind in China so gut wie nicht auffindbar, geschweige denn abrufbar. Quellen, die kritische Informationen zu diesem Tag enthalten könnten, wie etwa Twitter, Facebook oder Wikipedia, wurden am 20. Jahrestag des Ereignisses kurzerhand abgeschaltet (Qiang 2011: 51). Auf Weibo aber verfasste ein leitender Redakteure einer chinesischen Wirtschaftszeitung zu dem Ereignis eine Nachricht, die sich durch die Weiterleitung an seine rund 70.000 Follower sehr schnell verbreitete und da-

mit Einfluss auf die Meinung einer bestimmten Gruppe von Internetnutzern fand. Kurze Zeit später wurde seine Nachricht zwar ebenfalls zensiert, aber durch die rasante Diffusion hatte die Botschaft einen so weiten Kreis geschlagen, dass sie an der Quelle nicht mehr zu löschen war. Genau diese Funktion, nämlich das „Retweeten", ist eine der zentralen Optionen des Mikrobloggings. Nachrichten gehen zwar zunächst nur an die eigenen Follower, werden dann aber von diesen durch einen einzigen Klick an die eigenen Netzwerke verteilt und gelangen so in kürzester Zeit an eine riesige Menge von Leserinnen und Lesern. Aufgrund der skizzierten Entwicklungen wird Sina Weibo deshalb als die derzeitig bedeutendste Ausprägung eines „öffentlichen digitalen Diskursraums" (Lorenz-Meyer 2012: 142) in China betrachtet.

Wie stark die Mobilkommunikation, auch bereits vor der intensiven Nutzung von Sina Weibo, die Öffentlichkeit politisierte, konnte bereits beim Ausbruch der Infektionskrankheit SARS im Jahr 2003 beobachtet werden. Als die Krankheit im Winter 2002 in der Provinz Guangdong erstmals auftrat, dementierten die zuständigen Behörden besorgte Anfragen aus der Bevölkerung (Saich 2011: 379f). Während internationale Medien bereits früh über mögliche Risiken der Krankheit und die Gefahr einer globalen Epidemie berichteten, hielten sich die staatlichen Medien in China mit Informationen zurück. Erst als die chinesische Regierung ihren Standpunkt gegenüber der Gefahr für die Bevölkerung änderte, berichteten auch staatliche chinesische Medien darüber. Während die staatliche Zeitung „People's Daily" in der Berichterstattung hauptsächlich im Rahmen der Bekämpfung und Behandlung von SARS berichtete, verwendete die eher marktorientierte „Nanfang Weekend" in erster Linie eine thematische Rahmung, die auf lokaler und staatlicher Regierungsebene nach Verantwortlichen für die Krise suchte (Yang 2012: 69). Die staatlichen Zeitungen erschienen vielen Menschen während der SARS Epidemie jedoch als ausgesprochen unzuverlässige Quellen und so nutzten viele ihre direkten Kontakte in die Provinzen über Mobilkommunikation. Innerhalb der ersten drei Tage nach dem Ausbruch der Krankheit wurden etwa 120 Millionen Nachrichten per Mobilfunk verschickt, in denen Bewohner sich gegenseitig vor den Gefahren der Krankheit warnten (Saich 2011: 379f). Zusätzlich verbreiteten sich Gerüchte über die Krankheit in Online-Diskussionsforen (Yang 2011: 1045). Seit dem Vertrauensverlust durch die SARS-Epidemie, versucht die Regierung allerdings ihre Kommunikationsstrategie zu ändern. Bei einem Erdbeben in der Region Sichuan 2008 berichteten die staatlichen Medien nun wesentlich direkter über das Erdbeben und stellten sich als Problemlöser dar (Yang 2012: 73).

Lokaler Watchdog und politisches Korrektiv

Es sind insbesondere die Fälle von sozialen Missständen, behördlichem Missmanagement und Korruption, die die Netzgemeinde in China zu massenhaften Aktivitäten auf Sina Weibo motivieren. Neben der Nutzung für regimekritische politische Inhalte wird Sina Weibo aber auch für die Sichtbarmachung lokaler politischer Klientelpolitik genutzt.

Drei Fälle seien hier exemplarisch dargestellt: eine Aktion zur Rettung von vermissten Kindern, die Dokumentation des dramatischen Zugunglücks in Shanghai 2011 und die Beobachtung und Kontrolle von politischen Kadern und deren Handlungen in der Öffentlichkeit.

Kinderhandel ist in China ein ernstes Problem. Doch die Möglichkeiten der Eltern ihre vermissten Kinder zu finden sind allein aufgrund der Größe des Landes und der damit verbundenen Kosten für Verkehrsmittel nur schwer möglich, das Gehalt der Eltern reicht oftmals nicht aus (Yin/Ruisheng 2012). Stattdessen werden die Bilder der vermissten Kinder immer häufiger auf Internetseiten oder der Mikrobloggingplattform Sina Weibo veröffentlicht. Mehr Menschen haben so orts- und zeitunabhängig die Möglichkeit sich an der Suche zu beteiligen – die rasante Informationsdistribution durch die Mikroblogs begünstigt die kollektiven Handlungen für den guten Zweck (Starcom China Blog 2011). Seiten auf Sina Weibo, wie beispielsweise weibo.com/jiejiuqier, auf denen Bilder von elternlosen bettelnden Kinder gepostet werden können, haben

Abbildung 1: Eine Frau sucht verzweifelt ihren Enkel
Abbildung 2: Ein Vater findet seinen vermissten Sohn

bereits über eine viertel Millionen Follower. Die Eltern, aber vor allem auch andere Sina Weibo-Nutzer, haben dann die Möglichkeit in diesen Bildern nach den entführten Kindern zu suchen (siehe Abb. 1). Im ersten Fall sucht eine Frau ihren vermissten Enkel. Der Tweet spiegelt in dramatischen Worten die Gefühle der Frau weder: „**Ein zwölfjähriger Junger wird vermisst, sein Opa beging fast Selbstmorde.** Zheng Biran, der zwölfjährige Junge aus der sechsten Klasse in der Stadt Fu Zhou, Cang Shang Kreis, ist seit Kurzem vermisst. Sein Opa ist so traurig, so dass er schon einmal versucht hat, Selbstmord zu begehen. Der Nachbar hatte vorgeschlagen, dass die Familie Zheng zum Hauptbahnhof gehen solle, damit immer mehr Leute die Nachricht mitbekommen konnten. Die Oma suchte tagsüber nach dem Kind und übernachtete nachts am Hauptbahnhof. Wenn die Fußgänger ihr ein bisschen Informationen geben konnten, bedankte sie sich bei den Leuten dafür mit einem Kniefall“ (Sina Weibo). Doch die massenhafte Suche ist mitunter auch erfolgreich, wie das Beispiel eines anderen Nutzers zeigt: „@Jiang Fengxin: Ich bedanke mich sehr bei den Nutzern dafür, die meine Nachricht weitergepostet haben. Ich habe meinen Sohn schon gefunden. Jetzt bin ich im Polizeiamt, um einige Formular auszufüllen. Ich danke Ihnen noch einmal herzlich!“ (Sina Weibo) (siehe Abb. 2).

Ein weiteres Beispiel stellt die Diskussion und Dokumentation der beiden Zugunglücke in Wenzhou und Shanghai in 2011 dar. Nach einem Zugunglück in Shanghai wurden Nachrichten über Sina Weibo versandt, in denen kritische Fragen zum Unfall gestellt und von den aufgebrachten Bürgern Rechenschaft von den Behörden gefordert wurde. Ein weiteres Zugunglück, das sich am 23. Juli 2011 in Wenzhou in der Provinz Zhejiang ereignete und bei dem 40 Menschen getötet und 191 weitere verletzt wurden, sorgte auf den chinesischen Mikrobloggingdiensten sogar innerhalb kürzester Zeit für rund 26 Millionen Nachrichten. Darin drückten die Nutzer ihre Anteilnahme aus, traten aber auch für eine Aufklärung des Vorfalls ein und fungierten somit als konstitutives Element einer kritischen Gegenöffentlichkeit: gegen staatliche Propaganda durch Fernsehen und Zeitungen (Wines/LaFraniere 2011). Allein seit dem Zeitpunkt des Zugunglücks, etwa 20:34 Uhr abends bis annähernd 2 Uhr morgens, wurden auf Sina Weibo 500.000 Einträge weitergeleitet (Zhang/Shaw 2012: 2). Die staatlichen Medien hatten sich in Ihrer Berichterstattung nämlich hauptsächlich auf die Rettung der Verletzten beschränkt und Kritik am zuständigen staatlichen Bahnministerium absichtlich vermieden. Dabei folgt die Berichterstattung einem routinierten Skript; die Natur oder ausländische Technologien werden beschuldigt, eigene heroische Ret-

tungsversuche hingegen hochstilisiert. Allerdings waren die staatlichen Medien in diesem Fall nicht erfolgreich, da skeptische Nutzer auf Sina Weibo eingehend über den Vorfall diskutierten. Dies hatte zur Folge, dass im Anschluss auch staatliche Zeitungen dem Bahnministerium die Schuld an dem Unglück gaben, was personelle Konsequenzen für die zuständige Bahnbehörde zur Folge hatte.

Die chinesischen Netizens nutzen Sina Weibo aber auch, um durch die Suche nach Informationen politischen Druck auf Regierungsinstitutionen ausüben zu können. Als beispielsweise im August 2012 bei einem Busunglück 36 Menschen starben, tauchte kurze Zeit später ein Bild im Internet auf, dass den zuständigen Sicherheitsbeamten Yang Dacai lächelnd neben dem ausgebrannten Bus zeigte (Levine 2012). Anfangs war den Internetnutzern nicht bekannt, wer die Person auf dem Bild ist, doch sie verkörpert für einige der chinesischen Netizens die charakteristische Gefühlslosigkeit der chinesischen Regierung. Innerhalb kürzester Zeit formierte sich in Onlineforen eine so genannte „human flesh search", um die Identität des Abgebildeten durch eine kollaborative online Informationssuche festzustellen. Eine solche Suche wurde bereits in mehreren Fällen gemeinsam durchgeführt. Sie kann als ein Anzeichen dafür gelten, welche Diskurse zu bestimmten Themen die Menschen zurzeit beschäftigen. Im Fall von Yang Dacai führte die Bekanntmachung weiterer privater Details über korrupte Machenschafften zu seiner Suspendierung. Unter anderem wurden über Sina Weibo Fotografien von ihm veröffentlicht, die ihn mit hochpreisigen Armbanduhren zeigen, was zu Stürmen der Entrüstung bei den Netizens sorgte (siehe Abb. 3): „Das Benehmen der korrupten Beamten schockiert die Bevölkerung. Der festgenommene Beamte Yang Dacai, Direktor der Provinz Shaanxi, Verwaltung für Arbeitssicherheit, hat über 10 wertvolle Uhren" (Sina Weibo).

Die gezeigten Fälle verdeutlichen, dass besonders der öffentliche Raum heute auch in China als ein mediatisierter Raum gelten kann. Es lässt sich herausstellen, dass die neuen Mikrobloggingdienste als eine öffentliche Plattform dienen können, die als eine Art „Watchdog" den

Abbildung 3: Die Uhren des Beamten Yang Dacai

Alltag dokumentiert und vor allem mithilfe von Foto- und Filmmaterial eine zentral gesteuerte Medienlandschaft korrigieren kann. Denn durch das Internet haben Bürger dann die Möglichkeit, kollektiv die konventionelle staatliche Medienagenda zu beeinflussen (Tang/Sampson 2012). Die ubiquitäre Nutzung von Smartphones mit ihren Foto- und Videofunktionen schafft ein Volk potentieller Berichterstatter. Insbesondere bei einem ganz offensichtlichen Gegensatz zwischen den realen Ereignissen und den öffentlichen Erklärungen der politisch Verantwortlichen lassen sich diese korrigierenden Informationen auch nicht einfach zensieren – es ist schon allein die pure Menge an Empörung im Netz, die auch für die chinesischen Behörden nicht mehr mit einfachem Löschen von Botschaften beherrschbar wird. Dies heißt jedoch nicht, dass Medienzensur weniger scharf angewendet wird, sie muss sich allerdings einer völlig neuen Gruppe stellen – der politisch wachen und ständig im Netz präsenten digitalen Bürgerschaft, die sich in Teilen ein ausgeklügeltes Katz-und Maus-Spiel mit den Zensoren liefert.

Zensur und Netz – neue Dynamiken

Auch wenn die obigen Beispiele zeigen, wie offen einige höchst politische Themen inzwischen online abgehandelt werden können, so ist die Verbreitung von Informationen oft nicht unproblematisch und für einzelne Akteure mitunter sehr riskant. China besitzt ein ausgeklügeltes und umfassendes System zur Zensur des Internets (Lee/Liu 2012: 125), das sich sowohl auf spezifische Themen als auch auf Personen bezieht. Die Möglichkeiten der Zensur sind dabei vielfältig und reichen von der Selbstzensur über die Zensur durch einzelne Netzwerkdienste, bis zur staatlich implementierten Zensur durch die automatische Filterung von Schlüsselbegriffen. Die „Große Firewall" bildet dabei das Bollwerk staatlicher Zensur und blockt mit seinem Filtersystem ausländische Websites, oder auch Mikrobloggingdienste wie Twitter oder das soziale Netzwerk Facebook (Lorenz-Meyer 2012: 145).

Gearbeitet wird unter anderem mit einer sogenannten „Blacklist" (Lee/Liu 2012: 131). Dabei wird den Anbietern von Internetprovidern wie China Telecom eine Liste mit IP-Adressen vorgegeben, die vom Provider geblockt werden müssen. Hierzu gehören zur Zeit unter anderem die Websites der BBC, der New York Times oder der Organisation Amnesty International. Eine Inhaltsanalyse-Technik filtert zusätzlich Schlüsselwörter wie etwa „Menschenrechte", „Falun Gong" oder „tibetische Unabhängigkeit". Eine technische und strukturelle Unterteilung in zwei Ebenen versetzt die chinesische Regierung in die Lage, den von außen nach China fließenden Informationsfluss zu kontrollieren. Überwachungs- und Filtermechanismen prägen so das Online-Verhalten chinesischer Online-Nutzer, denn auch Sina Weibo muss Filtersoftware anwenden, um sensible Wörter oder Wortkombinationen zu entfernen oder zu verdecken und Nutzer mit häufigen Verstößen von dem Dienst auszuschließen (ONI 2012: 278). Dabei ist die Vorgehensweise bei der Zensur von Inhalten weder transparent, noch ist sie allgemein verbindlich geregelt. Zusätzlich zu den Zensur-Automatismen hat das Ministerium für Öffentliche Sicherheit etwa 4.000 eigene Mikroblogs angemeldet. Rund 5.000 Polizisten nutzen zusätzlich ihre eigenen Benutzerkonten zur Kontrolle des Online-Diskurses, wobei die Polizisten angehalten sind „richtige" Informationen weiterzuleiten und Falschinformationen zu zerstreuen (Zhang/Shaw 2012: 2).

Da mittlerweile zahlreiche Beispiele den Einfluss von Mikrobloggingdiensten auf politische Prozesse belegen, ist die extrem spezialisierte Zensur in vielen Fällen massiv spürbar. Im Januar 2011 wurde, während die Proteste in Ägypten weltweit über soziale Nachrichtennetzwerke wie Twitter oder Facebook diskutiert wurden, auf Sina Weibo das Wort „Ägypten" kurzerhand geblockt (ONI 2012: 279). Die Blockade war allerdings lückenhaft, wodurch die Nachricht über die Revolution in Ägypten auch die chinesische Bevölkerung erreichte (Qiang 2011: 57). Dem Versuch, unter dem Pseudonym „Jasmin Revolution" die Revolution in China ebenfalls weiter zu führen, wurde von den chinesischen Behörden aktiv entgegengesteuert. Kleinere Demonstrationen wurden mit heftigem Polizeiaufgebot unterbunden und auch der Ausdruck „jasmine" in Suchmaschinen und sozialen Netzwerken zensiert (Zhang/Shaw 2012: 4). Bei einer Untersuchung von 56 Millionen Tweets auf Twitter und Sina Weibo (Bamman et al. 2012) wurde im zeitlichen Vergleich die Verwendung der beiden politisch brisanten Ausdrücke „Ai Weiei" und „Jiang Zemin" betrachtet. Während auf dem weltweiten Twitter in verschieden starkem Ausmaß über Ai Weiwei gesprochen wurde, war selbiges Thema auf Sina Weibo hingegen nahezu vollständig zensiert. Demnach werden Nachrichten, die politisch sensible Themen und Ausdrücke beinhalten, mit einer wesentlich höheren Wahrscheinlichkeit gelöscht.

Aber selbst bei zentralen und hoch politischen Themen gelingt es den Behörden immer weniger, alle Informationen zu blocken. Besonders die Absetzung des ranghohen Parteifunktionärs Bo Xilai am 10. April 2012 war ein wichtiges internationales Medienthema. Nach der Suspendierung durch das Zentralkomitee und das Politbüro der Volksrepublik nahm die chinesische Regierung etliche Seiten auf denen Informationen zu Bo Xilai zu finden waren, vom Netz – teilweise mit der Begründung der „tech-

nischen Wartung“ (In China, the Web and Politics Don‘t Mix 16.-22. April: 13). Schon zwischen dem 31. März und dem 3. April 2012 war die Kommentarfunktion auf den beiden wichtigen Internetportalen Sina und TenCent vollständig geschlossen. Mit den Maßnahmen wollte man eine kritische, öffentliche Diskussion über dieses Thema erschweren. Doch die rund 300 Millionen Nutzer von Weibo fanden andere Wege trotz der eindeutigen staatlichen Zensur gemeinsam über das Thema zu diskutieren. So benutzten sie Synonyme der beiden Zeichen für „Bo“ und „Xilai“, die die staatlichen Zensoren nicht eindeutig zuordnen konnten.

Die Überwachungsaktivitäten der chinesischen Regierung schlagen sich inzwischen auch in den stetig steigenden Kosten im Finanzhaushalt des Landes wieder. Einer Schätzung zufolge gab Chinas Regierung 2009 rund 514 Milliarden Yuan (¥) für die inländische Sicherheit aus (Lei 2011: 313). Zum Vergleich: Das Militärbudget betrug in etwa 532 Milliarden Yuan. Diese Anstrengungen werden nicht ohne Grund unternommen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt unter der Verwendung repräsentativer Daten, dass vor allem chinesische Netizens, im Gegensatz zu den Nutzern traditioneller Medien, eher politisch meinungsstark sind, der chinesischen Regierung gegenüber kritischer sind und stärker an politischen Bewegungen partizipieren (Lei 2011). Eine Analyse von 1.400 verschiedenen Online-Quellen in China konnte belegen, dass insgesamt etwa 13 % der untersuchten Inhalte von staatlicher Seite zensiert werden (King et al. 2012: 12). Dies sind allerdings zu einem Großteil Kommentare, die zur Mobilisierung verschiedener Akteure aufrufen und nicht, wie vielleicht angenommen, Nachrichten, die sich mit spezifischer Kritik am Staat beschäftigen.

Die vielfältigen Nutzungen von Sina Weibo in politischen Kontexten und die zunehmend schwierigere Kontrollierbarkeit der einzelnen Tweets und Themenstränge hat inzwischen zu technisch basierten Einschränkungen der Mikroblogs geführt, die von der internationalen Netzgemeinde mit massiver Kritik begleitet wurde. Für Empörung sorgte beispielshalber die Ankündigung, dass ab März 2012 alle Nutzer der Mikrobloggingdienste Sina Weibo, Sohu oder TenCent dazu verpflichtet sind, sich mit ihrem Klarnamen anzumelden (Savitz 2012). Nutzer, die sich nicht ausweisen können, wird demnach das Posten in den Diensten untersagt. Aber auch hier versucht man mit kreativen Lösungen einen Weg in die Öffentlichkeit zu finden, immer wieder ersinnen die Onliner Mittel und Wege, um staatliche Zensur zu umgehen. Dabei werden Worte verändert oder Homonyme eingesetzt. Beispielsweise werden zwischen zensierten Wörtern Interpunktionszeichen eingeführt („Beida“ (Beijing) wird so zu „Bei.Da“) (Yang 2003: 460).

Nicht zu unterschätzen ist jedoch die Tatsache, dass die Identifizierung von Problemen von der KP gar nicht ungern gesehen ist, wenn es der Linie entspricht, gilt doch auch ihr besonders das Thema der Korruption als schädlich und staatszersetzend – mehrere Beamte wurden bereits wegen Korruption ihrer Posten enthoben. So können die Dienste ebenfalls dazu dienen, die regulative Macht der Kommunistischen Partei zu stärken: „Weibo creates a condition for the CCP to feel the mood of the public and allow it to have its influence in its policy making when it helps the state to rule with legitimacy“ (Zhang/Shaw 2012: 4). Auch wenn diese Form der Internetnutzung weit entfernt von einer allgemeinen Meinungsfreiheit ist, so ermöglichen diese Arten der Online-Partizipation den Bürgern sich mehr Freiheit zu schaffen als vor der Zeit des Internets.

Das Internet in China und politischer Wandel

Informations- und Kommunikationstechnologien bieten den chinesischen Bürgern neue Möglichkeiten, sich in öffentliche Angelegenheiten einzumischen und über eine große Vielfalt verschiedener Themen zu diskutieren. Dies ist besonders in einem Land relevant, in dem massenhafte Zusammenkünfte und Demonstrationen im Allgemeinen verboten sind. Durch die Intransparenz der Regierung und fehlende Meinungsfreiheit ist es der Öffentlichkeit schlicht nicht möglich, politisches Handeln frei zu bewerten. Neue Kommunikationstechnolo-

gien schaffen hierfür mehr Raum: „The Internet era has ushered in an awakening of the ordinary Chinese citizenry's rights defence as part of the broader resistance to unlawful and unjust discriminatory practices committed by Chinese officials. ICTs, mostly the Internet, SMS and other related information technologies, have opened up a new space where discussion and critique of state policies can take place" (Hung 2010: 341).

Eine Ansicht ist, dass das Internet in China nicht nur als streitbarer Kommunikationsraum dient, sondern prinzipiell als „catalyst for social and political transformation" (Qiang 2011: 59). Ähnlich beschreibt es Hung, wenn er sagt: „the role of the Internet, SMS, and other ICTs serve as a catalyst and facilitator in awakening citizen consciousness of civil rights in China" (2010: 345). Einzelne Veränderungen führen durch die massenhaften individuellen und organisatorischen Handlungen zu einer Veränderung der Dynamik zwischen den staatlichen Institutionen und der Bevölkerung (Yang 2011: 1045). Das Internet dient dabei als gesellschaftlicher Spiegel und reflektiert eben diese sozialen Trends. Es ermöglicht kritische politische Debatten, bietet Nichtregierungsorganisationen eine Chance den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen und neue Möglichkeiten der Protestkommunikation, die als Zeichen des Wachstums der Zivilgesellschaft interpretiert werden können (Yang 2003: 474f). Wichtig ist dabei, dass, um Entwicklungen für die chinesische Gesellschaft analysieren zu können, nicht nur politische, sondern auch kulturelle und soziale Kontexte verstärkt in Betracht gezogen werden müssen (Yang 2011: 1048). Denn die Mikrobloggingdienste und Diskussionsforen dienen der wachsenden Zivilgesellschaft in China als virtueller öffentlicher Raum für Diskussionen, aber auch als Ausgangspunkt für gemeinsame koordinierte Kampagnen für die Durchsetzung von Bürgerrechten, den Kampf gegen Korruption und Umweltverschmutzung oder mehr politische Teilhabe.

Trotz starker Zensur sind die transformativen Effekte des Internets auf die chinesische Politik und bürgerschaftliches Engagement eine positive Unterstützung der Bürgerrechtsbewegungen und der langsam erwachenden Mittelklasse (Hung 2010). Man sollte sicherlich die Rolle der Netzmedien nicht überbewerten, denn nach wie vor ist sowohl die Selbstzensur als auch die staatliche Zensur als massive Einschränkung der politischen Partizipation anzusehen. Aber es ist doch deutlich zu beobachten, dass das Netz immer neue Optionen bietet, sich am Diskurs zu beteiligen und auch kritische Beobachtungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Auf dem 18. Nationalkongress wurde Xi Jinping zum Präsidenten und Generalsekretär der Kommunistischen Partei und Li Keqiang zum neuen Premierminister ernannt. Sie werden sich mit dieser Thematik – so viel ist sicher – verstärkt auseinandersetzen müssen.

Literatur

In China, the Web and Politics Don't Mix (16.-22. April). In: Bloomberg Businessweek 2012, 16.-22. April, S. 13–14.

Bamman, David/O'Connor, Brendan/Smith, Noah (2012): Censorship and deletion practices in Chinese social media. In: First Monday; Volume 17, Number 3 - 5 March 2012. Online verfügbar unter http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/3943/3169.

CNNIC (2012): Statistical Report on Internet Development in China. Hg. v. China Internet Network Information Center. Online verfügbar unter http://www1.cnnic.cn/uploadfiles/pdf/2012/2/27/112543.pdf, zuletzt aktualisiert am January 2012, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Hassid, Jonathan (2012): Safety Valve or Pressure Cooker? Blogs in Chinese Political Life. In: Journal of Communication 62 (2), S. 212–230.

Hung, Chin-fu (2010): The Politics of China's Wei-Quan Movement in the Internet Age. In: International Journal of China Studies (Vol. 1, No. 2), S. 331–349.

King, Gary/Pan, Jennifer/Roberts, Molly (im Druck): How Censorship in China Allows Government Criticism but Silences Collective Expression. In: American Political Science Review. Online verfügbar unter http://gking.harvard.edu/gking/files/censored.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Lee, Jyh-An/Liu, Ching-Yi (2012): Forbidden City Enclosed by the Great Firewall. The Law and Power of Internet Filtering in China. In: Minnesota Journal of Law, Science, and Technology (Vol. 13, No. 1), S. 125–151. Online verfügbar unter http://ssrn.com/abstract=2035788.

Lei, Ya-Wen (2011): The Political Consequences of the Rise of the Internet: Political Beliefs and Practices of Chinese Netizens. In: Political Communication 28 (3), S. 291–322.

Levine, Jessica (2012): What a "Human Flesh Search" Is, And How It's Changing China. In: Tea Leaf Nation 2012, 04.10.2012. Online verfügbar unter http://tealeafnation.com/2012/10/what-a-human-flesh-search-is-and-how-its-changing-china/, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Lorenz-Meyer, Lorenz (2012): Sina Weibo: Chinas re-inkarnierte digitale Öffentlichkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Öffentlichkeit im Wandel. Medien, Internet, Journalismus (Bildung und Kultur, 11), S. 142–147.

MacKinnon, Rebecca (2011): China's „Networked Authoritarianism". In: Journal of Democracy 22 (2), S. 32–46.

ONI (2012): China. Hg. v. OpenNet Initiative. Online verfügbar unter http://access.opennet.net/wp-content/uploads/2011/12/access-contested-china.pdf, zuletzt aktualisiert am 09.08.2012, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Qiang, Xiao (2011): The Battle for the Chinese Internet. In: Journal of Democracy 22 (2), S. 47–61.

Saich, Tony (2011): Governance and politics of China. 3. Aufl. Houndmills, Basingstoke, Hampshire ;, New York: Palgrave Macmillan.

Savitz, Eric (2012): Sina Off; Rpt China Microblogs To Require Real Names. In: Forbes.com, 07.02.2012.

Sina.com.cn: About Sina, Brief Introduction. Online verfügbar unter http://corp.sina.com.cn/eng/sina_intr_eng.htm, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Starcom China Blog (2011): How Weibo Reunites Kidnapped Children with their Families. Online verfügbar unter http://www.starcomchinablog.com/2011/02/28/how-weibo-reunites-kidnapped-children-with-their-families/, zuletzt aktualisiert am 28.02.2011, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Tang, L./Sampson, H. (2012): The interaction between mass media and the internet in non-democratic states: The case of China. In: Media, Culture & Society 34 (4), S. 457–471.

TNW (2012): China's Sina Weibo passes 300m registerd users, reveals mobile usage is higher than PC. Online verfügbar unter http://thenextweb.com/asia/2012/05/16/chinas-sina-weibo-passes-300m-registered-users-reveals-mobile-usage-is-higher-than-pc/, zuletzt aktualisiert am 16.05.2012, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Wines, Michael/LaFraniere, Sharon (2011): In Baring Facts of Train Crash, Blogs Erode China Censorship. In: The New York Times, 28.07.2011.

Yang, Aimei (2012): Understanding the Changing Chinese Media: Through the Lens of Crises. In: China Media Research 2 (8), S. 63–75.

Yang, Guobin (2003): The Internet and Civil Society in China: a preliminary assessment. In: Journal of Contemporary China 12 (36), S. 453–475.

Yang, Guobin (2011): Technology and Its Contents: Issues in the Study of the Chinese Internet. In: The Journal of Asian Studies 70 (04), S. 1043–1050.

Yin, Cao/Ruisheng, Sun (2012): Micro blog gives boost to hunt for missing kids. Hg. v. China Daily. Online verfügbar unter http://www.chinadaily.com.cn/m/shanxi/2012-11/21/content_15948184.htm, zuletzt aktualisiert am 21.11.2012, zuletzt geprüft am 26.11.2012.

Zhang, Xiaoling/Shaw, Gareth (2012): The Impact of Social Networking Sites on state-citizen relationships in China. In: China Policy Institute Policy Paper (1).

Abbildungen

Abbildung 1: http://www.weibo.com/fangzhouxunzi

Abbildung 2 & 3: http://www.weibo.com

Fazit

Fasst man die voranstehenden Beobachtungen zusammen, so zeigt sich eine höchst variantenreiche, situativ und medial ausdifferenzierte Nutzungskultur in den drei Ländern. Während Facebook maßgeblich der Pflege von Kontakten, der Dokumentation und der Gruppenbildung dient, wurden Twitter und Weibo vor allem als Nachrichtenmedium genutzt. Für Twitter ist kategorial, dass eine one-to-many-Kommunikation praktiziert werden kann, die sich durch ihre Kürze und Schnelligkeit für die Verbreitung von Nachrichten eignet und so politischen Austausch in Echtzeit ermöglicht. Diese Kategorie ist für Twitter insofern zentral, als die Augenzeugen-Tweets direkt vom Ort des Geschehens versandt werden können.

Aber auch Facebook hat, insbesondere in Ägypten und im Umfeld von Stuttgart 21, spezifische Funktionen für politische Partizipation und kann als eine wichtige Form der dynamischen digitalen Organisation von Zivilgesellschaft angesehen werden.

Solchermaßen selbstgenerierte Öffentlichkeit eröffnet für bürgerschaftliches Engagement verschiedene Optionen. Dabei erscheinen folgende Aspekte besonders relevant:

- Distanzverringerung zwischen den Akteuren: Die Nutzung von Social Media durch BürgerInnen schafft ein Potential für eine neue Teilhabekultur für politisch Interessierte, auch wenn sie nicht durch eigenständige Handlungen sichtbar werden (passive Follower bei Twitter, Lurker bei Facebook).
- Argumentationsplattform: Facebook und Twitter eröffnen durch die Vernetzungs- und Publikationsoptionen vielfältige Partizipationsoptionen und werden so zu einer öffentlichen Argumentationsbühne, die von allen Orten aus zugänglich ist.
- Kampagneninstrument: Die Schnelligkeit der Publikationsmöglichkeiten hat intensive Mobilisierungsfunktionen – auch kleine Interessengruppen lassen sich heute über Twitter oder Facebook in kürzester Zeit aktivieren und organisieren.

Social Media kann also durchaus das Potential zugesprochen werden, ein Baustein zu einem digitalen Bürgerdiskurs zu sein. Dabei bleibt aber immer zu betonen, dass es sich um digitale Optionen handelt und nichts falscher sein könnte als zu glauben, Social Media eröffneten nun den einen Königsweg zur Demokratie. Aber in einem Punkt gibt es schon heute Konsens: Politik und Bürger werden sich immer häufiger in der digitalen Polis gegenüberstehen!